

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rübendörferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rübendörferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgebühren) bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 37.

Berlin, den 12. September 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Wem gilt der Kampf? — Die Tätigkeit des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands im ersten Halbjahr 1909. — Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe. — Rundschau: Als eine Spezialnummer für Arbeitslosenfürsorge. Die Entlassung von Arbeitern in Streikorten. Maßregeln gegen die drohende Arbeitslosigkeit. „Praktisches“ vom polnischen Berufsverband. Mittellose Unternehmer als „Arbeitgeber“. Eine nette Submissionsblüte. — Wirtschaftliche Bewegung. — Zur inneren Arbeit in den Bauhütten. — Der Verband westdeutscher Konsumvereine (Süd- u. Nord). — Verbandsnachrichten: Dortmund. Hannover. Wiesbaden. Bonn. Essen. Glatz. Gese. Herford. Herne. Jarmen. Mühlhausen. Hochemmerich. Mühlheim. Rottenburg. Schimm. Spenge. Lappau. — Schwelmer. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Literarisches. — Delegiertenliste. — Streikabrechnungen. — Bekanntmachungen. — Sterbefälle.

Wem gilt der Kampf?

Unsere Aufgabe im Parlament ist in erster Linie agitatorisch zu wirken. Es kam für uns nur darauf an, wie wir die Finanzverwaltung zwingen können.

Künftig würde in Danzig folgende Versammlungs-Einladung auf den Baustellen verteilt:

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

am Freitag, den 24. August d. J., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“ in Schiffsb.

Tagesordnung:

1. Christliche Arbeiterführer als Steuerwucherer.

Referent: H. Wenzel, Bauvorst. d. Bauarbeiter-Verb.

2. Der Schwelmer Generalfreier.

Referent: A. Kowalek, Angeh. d. Wasser-Verb. Westfalens.

Arbeiter aller Berufs! Die Deutsche Arbeiterschaft ist wieder mit 500 Millionen neuen indirekten Steuern belastet worden. Handlangerdienste haben wieder die christlichen Gewerkschaften bedrängt. Wiesbaden, Schiffsb., Wiedeberg, Weder und Schmitt, in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete, geleistet. Gegenüber den neuerlichen Versuchen, dieses abzuschlagen und zu verhindern, um bei ihren Wählern in kein schlechtes Licht zu geraten, muß es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß den Arbeitern, die diesen doppelzüngigen Heuchlern noch nachlaufen, die volle Wahrheit vermittelt wird.

Arbeiter Danzigs! Bekundet durch rege Teilnahme an dieser Versammlung das Interesse an dieser wichtigen Tagesordnung. Die christlichen Arbeiter sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Freie Diskussion ist selbstverständlich. Unsere Mitglieder bitten wir, diesen wichtigen Tag nicht ohne weiteres zu übergehen.

Danziger Gewerkschaftsartikel.

Verlag von F. Gröschel, Druck von G. Langemann, beide in Danzig.

Man könnte geneigt sein, ein solches Produkt, das von persönlichen Beleidigungen, Unwahrhaftigkeit und Uebertreibung froh, auf einen krankhaften körperlichen Zustand zurückzuführen, wie das bei dem Verfasser dieses Machwerks auch wirklich zutrifft. Gewisse Kandidaten sind hierfür nun einmal prädestiniert; tauchen sie ihre Feder in die Tinte, so ist es gleich wie in Gift und Galle. Einem solchen Zustand hält man persönlich etwas zugute. Aber nehmen wir die sozialdemokratische Parteipresse und einen Teil der „freien“ Gewerkschaftsorgane zur Hand, so findet man nicht nur das nämliche, sondern noch ungleich schlimmeres. Was da geleistet wird, übersteigt alles bisher Dagewesene. Der alte Haß gegen die christl. Gewerkschaften und deren Führer braust mit neuer Infernalität auf, die Sozialdemokratie glaubt den Augenblick für gekommen, wo sie mit Hilfe eines politischen Vorganges dem unbehaglichen Gegner einen einschneidenden Schlag versetzen kann. Was dabei an sittlichen Werten verloren geht unter der Arbeiterschaft, das kümmert die Herrschaften wenig, wenn nur der Parteiloyalismus auf seine Rechnung kommt. Und er trägt heute schon seine Früchte: Die Mitteilungen über Maßregelungen christlich organisierter Arbeiter laufen heute zahlreicher denn je ein. Der völkermörderische, wie oben gezeigt, ausgepeitschte Mob verlangt seinen Tribut. Und wird er nicht gutwillig zuteil, dann wird zur Gewalt gegriffen: Die Hungerperle tritt in Aktion! Die aus wirtschaftlichen, staatlichen und religiösen Gründen sich nicht zur Sozialdemokratie zählenden Arbeiter werden gehauen und gesteuert, bis sie unter dem Druck zusammenbrechen und sich willenlos dem roten Machtwort unterwerfen.

Diesem elenden Treiben gegenüber haben wir die Verpflichtung, die wahren Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen. Im Interesse der historischen Wahrheit. Ein System, wie es bei der Sozialdemokratie geübt wird, das nur auf die Leichtgläubigkeit, Unkenntnis und Verlogenheit der Massen setzt, kann nur so wirksam bekämpft werden. Wir haben um so mehr Veranlassung dazu, als unser Verband, durch die aktive Mitwirkung unserer Kollegen Wiedeberg an der Finanzreform, mehr in den Kampf gezeitigt wird, als je andere. Nicht als Verbandsvorsitzender hat er mitgewirkt, sondern als Mitglied der Partei, von der er gewählt worden ist. Und dieser ist es in erster Linie verantwortlich. Gegen die

trotzdem darauf ein, so deshalb, weil man die Abstimmung Wiedebergs gegen unseren Verband auszunutzen trachtet.

Wie hat nun Kollege Wiedeberg den „Steuerwucherer“ betrieben? Er stimmte

1. gegen die Tabaksteuer;
2. gegen die Erhöhung des Kaffeezolls;
3. gegen den Kohlenausfuhrzoll;
4. gegen die Zündholzsteuer;
5. gegen die Mühlenumsatzsteuer;
6. für die Besitzsteuern auf das mobile und immobile Kapital.

Daß er für die Bier- und Branntweinsteuer stimmte, daraus wird niemand einen Strich zu drehen wagen, denn es sollte ohne weiteres klar sein, daß bei einem Mehrbedarf von 500 Millionen neuer Steuern diese Objekte mit herhalten müssen. Und wenn das deutsche Volk imstande ist, heute alljährlich 3 1/2 Milliarden für Bier, Wein, Branntwein usw. auszugeben, dann können 180 Millionen mehr oder weniger auch keine Rolle spielen. Und bei dieser Steuer ist es am ehesten möglich, sich schadlos zu halten, man braucht ja nur den Genuß des Alkohols einzuschränken. Wird das auf diese Weise gesparte Geld für wirkliche Lebensmittel verwandt, so kann der Arbeiterstand nur körperlich und geistig davon profitieren. Auch dem Familienleben könnte das nur von Vorteil sein. Wenn nun heute die Brauereibesitzer und Wirte einen Aufschlag vornehmen, der weit über das Berechtigte hinausgeht, wenn er letzteres überhaupt ist, so mögen sich unsere Kollegen mit der Waffe des Boykotts dagegen wehren. Aber daß es so weit gekommen ist, daran ist die sozialdemokratische Presse mitschuldig, die durch ihr Geschrei die Bierbrauer, Kaufleute usw. in ihrem Vorhaben bestärkt hat, nunmehr eine recht kräftige Schröpfung des verbrauchenden Publikums vorzunehmen. Diese Schröpfung würde nach einer Zeitungsnotiz folgendermaßen ausfallen:

	Steuerbetrag	Verfuchte Preiserhöhung
Bier	100 Mill. Mark	730 Mill. Mark
Tabak	43 „ „	160 „ „
Branntwein	80 „ „	280 „ „
Streichhölzer	25 „ „	33 „ „
Kaffee	36 „ „	54 „ „
	284 Mill. Mark	1247 Mill. Mark

Dagegen sollte die sozialdemokratische Presse ankämpfen, nicht aber gegen das, was das Reich zu seinem notwendigen Fortbestand braucht. Aber da liegt ja der Haase im Pfeffer, wie die Aeußerung Stadthagens beweist. Die sozialdemokratische und die ihr verwandte Presse haben das Publikum so toll und verwirrt gemacht, daß es z. B. in Berlin 30-40 Pf. und noch mehr für das Patet Zündhölzer den Kaufleuten anbot. So wurden diese ja mit Gewalt angereizt, einen ungerechten Preisausschlag vorzunehmen. Ein sozialdemokratischer Zigarrenhändler erklärte einem uns bekannten Kaufmann nach Annahme der Tabaksteuer gegenüber, jetzt habe er 7000 M. verdient. Also dort sollte die sozialdemokratische Agitation einsetzen.

Was bleibt da von dem „Steuerwucherer“ Wiedeberg übrig? — Wenn andere Mitglieder seiner Fraktion anderer Meinung waren, so ist das ihre Sache. Jeder muß wissen, was er nicht nur vor seinen Wählern, sondern auch vor einem höheren verantworten kann. Und bekanntlich läßt sich die Reichsfinanzreform von so vielen Gesichtspunkten betrachten, daß es schwer fällt, zu entscheiden, welches das schwerwiegendste ist. Wiedeberg entschied sich so, andere mögen das für einen Fehler betrachten haben.

Hat die Sozialdemokratie auch nur das geringste Recht, gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten ihr verroftetes Schwert zu erheben? Lassen wir dafür ihre Satten zeugen.

- Die Sozialdemokratie stimmte:
- 1881 gegen die Einführung der Börsensteuer;
 - 1883 gegen das Krankenversicherungsgesetz;
 - 1884 gegen das Unfallversicherungsgesetz;
 - 1885 gegen die schärfere Ausgestaltung der Börsensteuer;
 - 1889 gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz;
 - 1890 gegen das Gewerbegerichtsgesetz;
 - 1891 gegen das Arbeiterjugengesetz, welches brachte den Schutz der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, die Sonntagruhe, Sicherung des Arbeitsvertrages, Einschränkung der Arbeitszeit usw.;
 - 1894 gegen die Erhöhung der Börsensteuer;
 - 1896 gegen das Börsengesetz;
 - 1896 gegen das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb;
 - 1896 gegen das Bürgerliche Gesetzbuch;
 - 1900 gegen die Erhöhung des Lotteriestempels und die Besteuerung der Wettensätze bei Rennen;
 - 1900 gegen die Erhöhung des Zolles auf ausländischen Champagner;
 - 1902 gegen die Steuer auf Champagner;
 - 1902 gegen alle Zölle auf Luxusgegenstände und Luxusgegenstände;

- 1902 gegen das Gesetz über die Seemannsordnung;
- 1903 gegen die Verlängerung des Krankengeldes von 13 auf 26 Wochen;
- 1903 gegen das Gesetz betr. Entschädigung unschuldig Verurteilter;
- 1903 gegen das Kaufmannsgerichtsgesetz;
- 1906 gegen die Automobilsteuer;
- 1906 gegen den Zoll auf die teuren Importzigaretten;
- 1909 gegen alle Steuern auf Börsen- u. Wertpapiere;
- 1909 gegen die Umsatz- und Wertzuwachssteuer für den Handel;
- 1909 gegen die Schenk- u. Bankguthaben-Quittungssteuer;
- 1909 gegen die Zollerhöhung auf ausländischen Champagner;
- 1909 gegen die Steuererhöhung auf inländischen Schaumwein (Sekt);
- 1909 gegen die Zuwendung von 4 Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabakarbeiter.

Das ist nur ein kleiner Teil des roten Sündenregisters. Für heute soll es uns genügen, es beweist, wo die „doppelzüngigen Heuchler“ sitzen.

Wir können uns nun darauf einrichten, daß der Kampf von sozialdemokratischer Seite gegen uns noch heftiger wird. Kein Mittel wird zu schön gegen uns sein. Wird die Sozialdemokratie damit bei den christlichen Arbeitern Erfolg haben? Nein! wird es aus hunderttausend Reihlen erschallen; die materiellen Werte einer Reichsfinanzreform wegen uns nicht die der idealen, nationalen wie religiösen Charakters auf. Auf Granit sollen sie stehen. Wir nehmen darum den Kampf auf der ganzen Linie auf. Streiter vor die Front, für die Wahrheit und die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Vor der Menge der Lanzen und Pfeile werdet ihr die Sonne nicht sehen! — Also werden wir im Schatten kämpfen.

Nach Cicero.

Die Tätigkeit

des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands im ersten Halbjahr 1909.

Entsprechend der etwas lebhafteren Tätigkeit im Baugewerbe in der ersten Hälfte d. J. waren die Lohnbewegungen ziemlich zahlreich. Die Konjunktur ist ja nunmehr wieder abgeflaut. Teilweise galt es, die abgelaufenen Tarifverträge zu erneuern, teils handelte es sich um erstmaliges Aufstellen von Forderungen. Wir wollen nun keine Uebersicht über sämtliche Lohnbewegungen geben, sondern nur soweit, als sie mit Vertragsabschluss endeten.

Insgesamt wurden bis 1. Juli d. J. 23 Tarifabschlüsse gemeldet.

An Verkürzung der Arbeitszeit wurde für 156 Kollegen eine solche von 1/2 Stunde täglich durchgesetzt. An Lohnerhöhungen traten ein:

Für das einzelne Mitglied:					Für die in Spalte 1 angegebene Mitgliederzahl:		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Zahl der Mitgl.	pro Stb. in:	pro Tag in:	pro Woche in:	pro Jahr in:	pro Tag in:	pro Woche in:	pro Jahr in:
17	10	100	6	240	17	102	4080
25	7 1/2	75	4 50	180	18 75	112 50	4500
124	6	60	3 60	144	72	432	17280
113	5	50	3	120	56 50	339	13560
324	4	40	2 40	96	129 60	777 60	31104
175	3 1/2	35	2 10	84	26 25	157 50	6300
453	3	30	1 80	72	135 90	815 40	32616
50	2 1/2	25	1 50	60	12 50	75	3000
176	2	20	1 20	48	35 20	211 20	8448
20	1 1/2	15	— 90	56	3	18	720
1742	1	10	— 60	24	174 20	1045 20	41808
3119					680 90	4083 40	163416

Bemerk sei, daß dieser Berechnung eine zehnstündige Arbeitszeit zugrunde gelegt ist bei sechs Arbeitstagen in der Woche und 40 Wochen im Jahre.

Einer näheren Erläuterung glauben wir uns enthalten zu dürfen, da diese Zahlen deutlicher als alles andere reden. So treibt die christlich-nationale Arbeiterbewegung praktische Gewerkschaftsarbeit. Treiben wir dafür ein, daß unser Einfluß immer härter wird, denken wir vor allem an eine erfolgreiche Tarifagitatio.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe

Schreibt die Arbeitsmarktkommission: Obgleich der Kapitalmarkt auf den Bauplatz nach wie vor reichlich ist, so kann doch nicht verkannt werden, daß die Bautätigkeit seit Juni erheblich nachgelassen hat. So erfreulich die rege Bautätigkeit im Frühjahr nach der langen Stocung war, so wenig befriedigend haben sich Beschäftigungsgrad und Aussichten im Juni und Juli gestaltet. War schon im und für sich eine Reaktion auf die sehr lebhaftes Frühjahrssaison wahrscheinlich, so trug im Hochsommer die Ungunst der Witterung noch das Ihrige dazu bei, um die Bautätigkeit ganz erheblich einzuschränken. Nachdem der Arbeitsmarkt im Baugewerbe in den Frühjahrsmonaten ein sehr lebhaftes Gepräge gezeigt hatte, hat sich in den Sommermonaten die Lage deutlich verschlechtert. Es betrug nämlich der Andrang Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen im Baugewerbe:

	1907	1908	1909
Januar	251	374	441
Februar	251	360	644
März	126	156	235
April	110	160	126
Mai	109	151	112
Juni	104	148	156
Juli	110	148	148

Nachdem der Andrang im April und Mai hinter dem Vorjahre zurückgeblieben war, ist er im Juni und Juli wieder stärker als 1908. Die Bewegung der Arbeitslosigkeit unter den Zimmerern ergänzt dieses Bild vom Arbeitsmarkt; im ersten Quartal überstieg die Arbeitslosigkeit noch die des Vorjahres; die Monate April und Mai brachten dann eine sichtliche Besserung, die aber analog wie am Arbeitsmarkt im Juni wieder durch eine Ermattung abgelöst wird. Die Arbeitslosigkeit stellte sich im Mai auf 1,44 Proz. oder 3,45 weniger als 1908, im Juni auf 1,34 Prozent oder 2,01 weniger. Immerhin ist die Arbeitslosigkeit im Juni noch geringer als im Juni der Jahre 1908, 1906 und 1905. Ueber eine empfindliche Ermattung der Bautätigkeit im Hochsommer wird vornehmlich in Rheinland-Westfalen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen berichtet. In Rheinland-Westfalen sind es die Städte Münster i. W., Hamm, Dortmund und Krefeld, in denen die Bautätigkeit sich im Laufe des Sommers wesentlich abgeschwächt hat und gegenwärtig fast noch matter ist als im Vorjahre. Es ist auch nicht allein die sommerliche Gestaltung des Bauplatzes, die im westlichen Industriebezirk sehr unbefriedigend ist, es lassen sich auch die Aussichten für die Herbstsaison noch wenig hoffnungsvoll an. In Bayern ist die Ermattung nicht so einseitlich, wenn sie auch in einigen Städten einen äußeren hohen Grad erreicht hat. München berichtet über eine sehr flotte Bautätigkeit, ebenso Augsburg und Nürnberg. Dagegen liegt die Bautätigkeit in Städten wie Rempten, Passau, Straubing und Würzburg teils infolge schlechter Witterung, teils infolge geringer Unternehmungslust, teils aber auch infolge von Arbeitskämpfen darnieder. Außerordentlich beschleht hat sich die Lage des Arbeitsmarktes in Hamburg, was allerdings der dem großen Arbeitskämpf im Baugewerbe Hamburgs leicht erklärlich ist. Es kamen im Baugewerbe Hamburgs auf je 100 offene Stellen im Juli 606,7 Arbeitsuchende gegen 367,4 im Juni und 305,1 im Juli 1908. Inzwischen ist ja der Friede hergestellt und die Bautätigkeit wieder aufgenommen worden. Diesen Sandesteilen steht eine ganze Reihe anderer Gegenden gegenüber, in denen die Bautätigkeit trotz der Witterung ziemlich rege blieb, ja vereinzelt sogar im Juli an Lebhaftigkeit noch zunahm. So hat sie z. B. in Ost- und Westpreußen eine kräftige Belebung erfahren; auch in Brandenburg, Posen, Schlesien und Sachsen ist sie merktlich lebhafter geworden.

Rundschau.

Als eine Spezialnummer für Arbeitslosenfürsorge ist im August die Monatschrift des Bundes deutscher Arbeitsnachweiser erschienen. In dieser Nummer sind alle wichtigeren Einrichtungen zur Fürsorge für Arbeitslose besprochen worden. In der ersten Hälfte der Monatschrift wird berichtet, auf der für September nächsten Jahres die Einberufung einer internationalen Konferenz über Arbeitslosenfürsorge nach Paris beschlossen worden ist. Weiter werden erörtert der Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitsnachweis, die Arbeitslosenzählungen, die Beschäftigung von Arbeitslosen und die Arbeitslosenversicherung. In einem Aufsatz wird auf die Bedeutung der vor kurzem veröffentlichten Denkschrift des holländischen Ministeriums des Innern über die Arbeitslosenversicherung hingewiesen und daneben werden auch die verschiedenen Arten der Arbeitslosenversicherung besprochen. Sehr eingehend wird das deutsche System der Arbeitslosenversicherung besprochen, das bisher die meiste Ausbreitung gefunden hat und das in etwas abgeänderter Form auch in Schweden und in Estland eingeführt worden ist. Abschließend wird diese Spezialnummer durch eine Zusammenstellung aller Werte und Zeitstrahlen über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, seit Anfang vorigen Jahres erschienen sind.

Die Entlassung von Arbeitern in Straßburg beschäftigt die Schlichtungskommission und das Gewerbeamt als Einigungsamt in Leipzig. Der § 10 des Tarifvertrags besagt bekanntlich, daß die Entlassung und Entlassung von Arbeitern im freien Ermessen des Arbeitgebers liegt. Ein Leipziger Unternehmer hatte einige Arbeiter aus Hamburg mit der Notwendigkeit entlassen, er sei als Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Städte verpflichtet, die Streikenden nicht zu beschäftigen. In der Schlichtungskommission erklärten die Vertreter der Arbeiter, der Arbeitgeberverband habe auf sie keinen Zwang ausgeübt, nur ein Solbattat seien sie eracht worden. Der Verein der Arbeitgeber des einzelnen Arbeitgebers seien damit keine Parteien gewesen. Ein Verstoß gegen den Vertrag sei deshalb nicht vorhanden.

Die Entlassung von Arbeitern in Straßburg beschäftigt die Schlichtungskommission und das Gewerbeamt als Einigungsamt in Leipzig. Der § 10 des Tarifvertrags besagt bekanntlich, daß die Entlassung und Entlassung von Arbeitern im freien Ermessen des Arbeitgebers liegt. Ein Leipziger Unternehmer hatte einige Arbeiter aus Hamburg mit der Notwendigkeit entlassen, er sei als Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Städte verpflichtet, die Streikenden nicht zu beschäftigen. In der Schlichtungskommission erklärten die Vertreter der Arbeiter, der Arbeitgeberverband habe auf sie keinen Zwang ausgeübt, nur ein Solbattat seien sie eracht worden. Der Verein der Arbeitgeber des einzelnen Arbeitgebers seien damit keine Parteien gewesen. Ein Verstoß gegen den Vertrag sei deshalb nicht vorhanden.

zu entlassen, dies schon gegen den Vertrag verstoße. Die Arbeiter betonen, daß, wenn es dem Arbeitgeberverband gestattet ist, seine Mitglieder, wenn auch ohne Zwangsandrohung, aufzufordern, seine Mitglieder zu entlassen, dann die Arbeiterverbände auch ihre Mitglieder auffordern können, das Arbeitsverhältnis nach § 7 des Vertrages zu lösen, wenn Streikende entlassen werden sollten. Der § 7 hebt das Arbeitsverhältnis auf. Eine Aufforderung, ohne Strafandrohung von diesem Paragraphen Gebrauch zu machen, sei denn auch kein Verstoß gegen den Vertrag, weil ja immer noch jeder Arbeiter machen kann, was er will.

Nachdem eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kam, hat der Obergerichtsrat ein Urteil ausgearbeitet. Für längere Ausführungen stellte er sich auf dem Standpunkt, daß das Rundschreiben des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes nicht gegen den Vertrag verstoße, weil in dem Schreiben eine Strafe den Mitgliedern nicht angedroht würde, sondern immer noch im freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers läge, wen er einstellen und entlassen wolle. Der moralische Zwang, bei unter Umständen ausgeübt werden könnte, wenn die Mitglieder den Wünschen nicht nachkämen, könne als Zwang nicht betrachtet werden, und somit sei nicht gegen § 10 des Vertrages verstoßen. Eine andere Frage, so heißt es in dem Urteil wirklich, freilich ist die, ob es empfehlenswert ist, daß die Organisation der Arbeitgeber in Rundschreiben, wie das vorstehende, auf ihre Mitglieder in unverbindlicher Form einzuwirken versucht. Denn auch die Organisationen der Arbeitnehmer könnten in unverbindlicher Form eine Beeinflussung ihrer Mitglieder versuchen. Das würde aber am Ende dazu führen, daß nicht nur die Bestimmung in § 10, Absatz 2 des Tarifvertrags, sondern der ganze Tarifvertrag überhaupt tatsächlich ausgefallt wird.

Maßregeln gegen die drohende Arbeitslosigkeit. In Köln teilte in der am 2. September stattgefundenen Stabverordnetenversammlung die Verwaltung mit, daß für den kommenden Winter eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit zu erwarten sei, gegen die besondere Maßnahmen erforderlich sein würden, mit deren Ausführung die Verwaltung der Stadt Köln beschäftigt ist. Am 4. September trat eine Kommission der größeren Städte Westdeutschlands zusammen, um gemeinsame Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu treffen und insbesondere gemeinsam den Arbeitsnachweis zu regeln. Dieses Vorhaben ist immerhin erfreulich. Hoffentlich kommt dabei auch etwas Praktisches heraus.

„Praktisches“ vom polnischen Berufsverband. In Samter kam es kürzlich zu einem Streit, der von dem polnischen Berufsverband geführt wurde. Die dem Berufsverband freundlich gestimmte Presse wußte von bedeutenden Erfolgen durch den Streit zu berichten. Nun teilte die „Posener Neuesten Nachrichten“ folgendes mit, das bisher unübersprochen blieb:

„Der Streit in Samter ist durch Vergleichsverhandlungen unter Vorsitz des Gewerberat's Wlotke aus Hofen beendet worden. Die streikenden Arbeiter haben fast nichts erreicht und ein großer Teil derselben ist stellungslos geworden, weil durch den Zuzug auswärtiger Arbeiter die besseren Stellen besetzt worden sind. Die Mühlentischer haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen müssen, ebenso die Sandlanger bei den Maurern und Zimmerleuten und die sogenannten Gattermacher; einige der Maurerarbeiter bekommen jetzt sogar 1 Pf. pro Stunde weniger. Die Möbelschneider in den Möbelfabriken, die durchschnittlich 3,40 bis 3,60 M. täglich verdienen, erhalten jetzt einen täglichen Mindestlohn von 2,75 M. Am schlechtesten sind die „Schneider“ in den Mühlen abgekommen. Die Zylinder der Mühlen sind übereingekommen, für die Zukunft sogenannte Schneider überhaupt nicht mehr, sondern nur noch ausgearbeitete Mähdrescher zu beschäftigen, für die monatlich 90 M. gezahlt wird. Auch die Plaharbeiter haben die Arbeit zu den bisherigen Lohnsätzen aufzunehmen sich verpflichtet, doch wollen igneht die Arbeitgeber freiwillig von 15. August ab 25 Pf. pro Tag zulegen. In dem Verhandlungsprotokolle ist f. a. bestimmt, daß den Arbeitgebern das Recht unbekannt bleibt, nur die Elemente einzustellen, die ihnen genehm sind.“

Danach scheint der „Erfolg“ des polnischen Berufsverbandes kein großer zu sein. Das war bei dem wilden, regellosen Streik auch nicht anders zu erwarten, zumal es auch den Führern an praktischem Verständnis fehlt. Die polnischen Arbeiter sollten sich in den christlichen Gewerkschaften organisieren. Dort werden ihre Interessen mindestens am besten vertreten.

Mittelsche Unternehmer als „Arbeitgeber“. Es ist allzu bekannt, wie gerissene Kapitalisten Strohmänner vorschleichen, um sowohl die Handwerker wie auch die Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn zu betrügen. Kürzlich kam ein solcher Fall vor dem Gewerbeamt zu Düsseldorf zur Verhandlung. Vor dem gesamten Gericht tagten die Arbeiter Sch. und G. gegen die Firma Gebrüder L., Baugeschäft, auf Zahlung von 27,92 M. bzw. 21,42 M. Restlohn. Die betreffenden Arbeiter waren vom Arbeitsnachweis zu dieser geschickt, von der Firma aber dem „Unternehmer“ D. übergeben, der als selbständiger Unternehmer die Ausschichtungsarbeiten an 21 Häusern von der Firma übernommen hatte. Da die Arbeiter von dem vermögenslosen D. keine Zahlung des schuldigen Lohnes zu erhalten vermochten, klagten sie gegen die Firma Gebr. L. als eigentliche Arbeitgeber, indem sie sich darauf beriefen, daß diese sie auch zur Krankenkasse angemeldet, die Beiträge bezahlt, ebenso die Invalidenrenten geleistet habe. Die Firma bestritt in der Gewerbeamtssitzung vom 20. August diese Ansprüche, indem sie ausführte, der D. sei selbständiger Unternehmer, als solcher in Wilmsdorf bei Berlin eingetragener und habe die Fertigstellung der Arbeiten tatsächlich übernommen. Die Invaliden- und Krankenkassenbeiträge habe sie nur deshalb bezahlt, weil D. keine Barmittel hatte, und solche auch dem D. in Anrechnung gebracht. Aus den weiteren Verhandlungen ergab sich, daß D. zwar als Unternehmer in D. eingetragen, in Düsseldorf jedoch meistens als Arbeiter bei seinem Bruder, dem Schachmeister D., beschäftigt, völlig mittellos war und sich die nötigen Geschäftskosten teilweise beschaffen mußte. Das Gewerbeamt entschied dahin, daß bei der notorischen Mittellosigkeit des D. von einer Unternehmerschaft keine Rede sein könnte, daß er vielmehr nur als Arbeitnehmer bei der Firma beschäftigt gewesen, wobei es belanglos sei, in welcher Form er entlohnt wurde, daß er als „Unternehmer“ von der Firma nur vorgeschoben sei, um diese vor den Ansprüchen der Arbeiter zu schützen und daß die Firma als eigentliche Arbeitgeberin zur Zahlung des Lohnes an die Arbeiter zu verurteilt sei.

Ein neue Submissionsliste wird aus Essen berichtet. Danach hätte der Kapitalist Herrmann die Arbeiter zur Herstellung der Spermauerer der im Kreis Goch auszuführenden Wohnraumbauern abgeschlossen. Es handelt sich um 200.000 Mark. Herrmann hat die Arbeiter für einen Zeitraum von 120 Millionen Mark abgekauft. Das wichtige Angebot gab eine Dattinger Firma mit 1.432.111 M. ab, das höchste eine Mannheimer Firma mit 1.077.000 M. Die Differenz beträgt also nicht weniger als 267.612 M. Der Rohgewinn betrug 225.000 M. Das sind die Zahlen des Sommers?

Wirtschaftliche Bewegung.

Geperret sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innenzulassen), Hildesheim (Maurer und Bauführer), Neustadt i. W. (Sperre über die Firmen Petermann, Bloch, Sing, Ketz und Geiger), Saarbrücken und St. Ingbert (Aussperrung), Biersen, Hild. (Streik), Nachen (Streik der Stuckateure u. Plasterer), Glad, Wrafel, Stahle, Wilsche-Affeln (Sperre über die Firma Liegelmann), Holzwinden (Aussperrung), Landeshausen (Schl.) (Streik der Maurer und Bauführer), Lingen (Maurer und Bauführer), Berlin (Plattenleger, Differenzen mit den Subunternehmern), Dortmund (Sperre über die Firma Lubbe), Zuzug ist fernzuhalten.

Sitzung des Einigungsamtes für das Plattengewerbe.

Esien, 19. August. Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath a) von den Arbeitgebern: Albert Marchand sen. (Essen), W. Klein (Eöln), G. Dampelmann (Dortmund); b) von den Arbeitnehmern: F. Kahl (Dortmund), W. Koch (Wochum), Ad. Günther (Essen), P. Köhlig (Eöln), Alb. Krebsbach (Eöln), Redakteur Limberg als Beisitzer der Arbeitnehmer; c) Prokurist Busch als Vertreter der beklagten Firma Oskar Hünnebed & Co. (Duisburg); d) Oberstadtssekretär Neblich als Protokollführer. In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. In der Beschwerdesache des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Eöln, gegen die Firma R. Rosenfeld zu Eöln wegen Nichtbeachtung des Tarifvertrages wurde grundsätzlich festgestellt, daß die Firma die von ihr im Gebiet des Vertrages auszuführenden Arbeiter nur nach dem für Rheinland und Westfalen abgeschlossenen Tarif vom 3. August 1908 entlohnen darf. — Es soll bei der Firma angefragt werden, ob sie mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Arbeitgeberverband diesen Beschluß anerkennen und beachten will. Benachteiligungen würde der Bundesvorstand in Berlin zu suchen sein, sie zur Beachtung und Erfüllung des Vertrages anzuhalten.

2. Auf Antrag Günther (Essen) wird der Tarif wie folgt ergänzt: Tarifstelle 89 b: Würfelsteine bei Wandbekleidung, bestehend aus 1/4 und 1/2 Platten, bei einer Reihe pro laufendem Meter Zulage 0,10 M. Tarifstelle 69 b: Würfelsteine bei Wandbekleidung, bestehend aus 1/4 und 1/2 Platten, bei zwei Reihen pro laufendem Meter Zulage 0,15 M.

3. Die Auslegung bzw. Ergänzung der Tarifstelle 62 soll die in der Sitzung des Einigungsamtes vom 11. Mai 1909 festgelegte Fassung behalten, die wie folgt lautet: „Dieser Preis ist auch dann zu zahlen, wenn der Fußboden oder die Wand mit Platten nicht beklebt werden.“

4. Infolge Protestes des Arbeitgeberverbandes (Ortsgruppe Dortmund) gegen den Schiedspruch der Schlichtungskommission Dortmund vom 18. Juni 1909, nach dem die Bestimmung Seite 18 des Vertrages dahin aufzufassen ist, daß die Station Courl als Radiusgrenze für den 10-Kilometer-Radius aufzufassen ist, wurde beschlossen, festzusetzen, wie weit sich der 10-Kilometer-Radius von der Stadtbezirksgrenze ab erstreckt. Nach der Ansicht der Arbeitgeber kommt Gomar als Grenze der 10-Kilometer-Dinie in Frage.

5. Nach der zur Verlesung gedachten Auskunft des Herrn Beigeordneten Neblich (Eöln) vom 31. Juli 1909 ist die Tarifstelle 70 derzeit ohne Diskussion aus dem Düsseldorf Vertrag übernommen. Nach seinem Vorhalten ist der fragliche Betrag nur bei Platten, nicht aber bei glatteisen Verbleisternen zu zahlen. — Im Antrag Köhlig wurde diese Angelegenheit, die der Düsseldorf Schlichtungskommission zur Prüfung unterbreitet werden soll, vertagt.

6. Bei den Tarifstellen 6 und 7 entsprechen die Maße den Entfernungen zwischen je 2 gegenüberliegenden Seiten der Sechsecke. Es muß dort heißen: statt 12/14 = 12 bis 14, bzw. statt 10/12 = 10 bis 12. Die Tarifstellen 44 bis 46 haben einen klaren Wortlaut und lassen einen Zweifel nicht zu. Die Befolgung fraglicher Arbeiten muß nach Maßgabe dieser Stellen erfolgen. Tarifstelle 45: Die Verlegung von 120-mm-Platten ist nach dieser Stelle mit 3,25 M. pro qm zu entlohnen. Bei der Tarifstelle 60 heißt es im Originaltext nach den Worten über 7 cm Breite, jedoch wird für letztere eine Zulage gezahlt. Die Exemplare des Vertrages, welche infolge Druckfehlers diese Worte nicht aufweisen, müssen zur Vermeidung weiterer Streitfragen ergänzt werden. In eine Erörterung der Tarifstelle 81 wurde mit Rücksicht darauf nicht eingetreten, daß aus dem vorliegenden Antrage nicht klar hervorgeht, um was es sich handelte. Bei der Tarifstelle 83 muß es heißen: 0,04 M.

7. Die Klage des Plattenlegers Kraft zu Duisburg gegen die Firma Oskar Hünnebed zu Duisburg wegen Lohnforderung wurde formell als berechtigt anerkannt. Die Beklagte muß den tariflichen Lohn zahlen. Sonderabmachungen dürfen, wie bereits seitens des Einigungsamtes entschieden ist, nicht getroffen werden.

gez.: Rath Neblich.

Ernst Bodum. Ahlen i. W. Wie wir in der „Baugewerkschaft“ bereits kurz mitgeteilt wurde, laut Veranlassungsbeschluss, der hiesige Streik der Maurer und Bauführer nach elfwöchiger Dauer am Montag, den 16. August resultatlos beigelegt. Die 80-90 Arbeitswilligen, die uns in dem Kampfe um Verbesserung unserer Lebenslage in den Rücken fielen, waren die Ursache der Beilegung des Streikes gewesen. Unsere Kollegen haben mühsam und tapfer gekämpft. Zahlreich existierten dieselben ab oder suchten sich anderwärts Beschäftigung. Selbst alte Kollegen, mit schneeweißem Haar, schüttelten den Ahlener Staub von ihren Hüften und griffen nochmals zum Wanderstab, um den Kampf zu erleichtern und zum Siege zu verhelfen. Leider kamen die oben erwähnten Elemente aus Italien und aus dem schönen Hessenlande (Groß- und Kleinfelder, und sogar vom Gräßfelde, Zellungen, nämlich Wilhelm Bodmann und Heinrich Otto, mit noch drei Ehrenmännern). Diese Arbeitswilligen machten unsere tapferen Kollegen die Opfer, die sie brachten, nutzlos und vereitelten ihren eigenen und bestimmten Sieg. Die hiesigen Unternehmer haben bei dieser Lohnbewegung einmal richtig ihr wahres Gesicht, ihre echte Arbeiterfreundschaft, mit der man so gern renommierte, gezeigt. Zuerst hielt man es nicht für nötig, mit den Arbeitern, bzw. mit den Organisationen zu verhandeln, obwohl sie solches mehrere Male mündlich und schriftlich angefragt hatten. Als wir dann die Arbeit niedergelegt hatten, da ließen sie sich wohl zu einer Verhandlung herbei, aber sie gebärdeten sich wie die Fressen und erklärten wiederholt, eine Lohnzulage gibt es nicht und auch nur ein Vertrag bis zum 31. März 1910. Als dieses unsere Kollegen ablehnten und darauf in einen allgemeinen Streik eintraten, da wurden dieselben verächtlich und verächtelt und als Wirtschaftsausgänger bezeichnet. Spezial wurde unser Bezirksleiter Kollege Koch aus Bodum, der mit dem Streik auf die Menschen wurde, auf das gräßliche Entgelt und die gräßliche Verschonung unsere geringe Forderung von zwei Pfennig pro Stunde öffentlich in der Presse begründet hatte, arg mitgenommen. Die Unternehmer bestanden und bestanden bestanden und trühten an ihn öffentlich in der Presse die Frage, wo denn das gräßliche Geheh gezeichnet wurde, und als Kollege Koch darauf die Frage in überlicher Weise beantwortet hatte, da trühten die Unternehmer außerdem, er sei ein Fresser, sie hätten das zitierte Buch eingesehen, aber das gräßliche Geheh hätten sie nicht gefunden. Auch schwast

Die das von den Bekannteren „verhitzten Herren“ geprügte Schlagwort: „Die unfertigen Arbeitersekretäre“ nach. Durch die letzterwähnte Bemerkung der Unternehmer haben dieselben natürlich ein allgemeines Lächeln ausgelöst, denn es ist ja den gesamten hiesigen Kollegen und Bürgern bekannt, daß die hiesigen Unternehmer aus Klugheitsgründen das Gemanen der Philosophie (Vernunftwissenschaft) noch nicht gemacht haben. Auch glauben wir, daß es kein Akt der Fertigkeit und Intelligenz ist, wenn man einen Unternehmer, der die Förderung der Arbeiter bewilligt hat, mitten in der Nacht 2600 Ziegelsteine von der Baustelle abfährt, und die übrigen Steine, die man nicht fortzuschaffen konnte, durch Blausäure untauglich macht. Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß es uns schon recht schwer gemacht wurde, zu glauben, daß die vielen, von den Arbeitgebern unterzeichneten, gegen uns gerichteten Artikel auch von denselben geschrieben sind. Wiederholt wurde uns versichert, das ganze Geschreibsel hätte ein „Fertigstecher“ verbrochen. Wir haben dieses jedoch noch nicht feststellen können und wollen daher auch nur erklären: sollte dieses zutreffen, dann können wir den Unternehmern nur unser innigstes Beileid ausdrücken. Dem bekannten Winkelabwäler, der speziell unsern Kollegen noch in hohem Grade beschimpft und verleumdet hat, werden wir keine Antwort geben; denn schließlich ist es uns nicht einerlei, mit wem wir diskutieren. Bemerkten wollen wir aber, daß die christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsekretäre es ablehnen, sich von jedem beliebigen Individuum ein Zeugnis über ihre Fertigkeit ausstellen zu lassen, speziell, wenn es Menschen versuchen wollen, die nur im Schimpfen, Verdrehen und Verleumdungen eine besondere Fertigkeit besitzen. Die hochwohlthätige Polizei in Wien hat sich während dieses Streiks als eine ausgezeichnete Beschützerin der Unternehmerlieblinge oder Arbeitswilligen erwiesen. Welche dem Streikenden, der es wagte, nur mit einem dieser — nützlichen Elemente ein Wortchen zu sprechen, ganz bestimmt hatte er am nächsten Tage oder schon ein paar Stunden nachher eine Bewehrung oder richtiger Straßverfügung von 15 bis 30 M zu erwarten. Wie die Polizei Strafen gegen die Streikenden verhängte, dafür einige Stichproben: Ein Kollege betrat eine eingetretene Wiese, dafür erhielt er 15 M Polizeistrafe. Ein anderer lagte auf der Straße: „ein, zwei, muß man sagen, wenn man Leitern aufsteigen will“, dafür erhielt er eine Straßverfügung von 30 M. Ein anderer sagte zu einem Arbeitswilligen: „Du bist der Schönste“, dafür erhielt er 15 M Polizeistrafe. Wieder ein anderer sagte zu den Arbeitswilligen Johann Georg Dieberich und Joseph Eigenauer: „Kollegen, reißt doch ab, ihr könnt doch anderswo Arbeit bekommen!“, dafür erhielt er eine Verurteilung über 15 M. Unser Bezirksleiter Koch erhielt zwei Straßverfügungen von je 30 M, weil er sich mit fünf Arbeitswilligen aus Großen- und Kleinfelder etwa fünf Minuten lang unterhalten und vier andere aus denselben Orten gefragt hatte, ob sie aus Großen- und Kleinfelder seien. Das Eigenartige hierbei ist, daß nur einmahl die Polizeibeamten die Anzeige selbst erstattet hatten, im allgemeinen besorgten dies die Arbeitswilligen selbst. Hauptächlich sind die Beugen Johann Georg Dieberich, Joseph Eigenauer und Heinrich Reith auf den Straßverfügungen angegeben. Hätte die hiesige Polizei nur ein wenig Psychologie unter den Arbeitswilligen studiert, dann würde sie deren Angaben nicht so leicht glauben. Denn es ist klar, daß jeder Arbeitswillige sich seiner Tat bewußt ist, und daher schon aufspricht, wenn er nur einen Streikenden sieht, und jede Bewegung derselben als gegen sich gerichtet glaubt. Solche Menschen haben eben ein unruhiges Gewissen. Jedenfalls läßt die hiesige Polizei durch ihr Vorgehen nicht die beste Meinung bei den Arbeitern aus. Selbst ganz junge Arbeiter warfen schon die Frage auf: Warum geht denn die Polizei nicht auch so gegen die Unternehmer vor? Wie konnte es denn vorkommen, daß die Unternehmer mitten in der Nacht von dem Bauplatz eines anderen zwei Fuhrer Steine abfahren und zwar unter großem Geschrei, weil die Pferde betrunken waren und durch das fortwährende Ansprechen immer mehr herauscht wurden und daher nicht stehen wollten. Solche und ähnliche Fragen wurden in der letzten Zeit unter unsern Kollegen recht viel diskutiert, und wenn dabei zum Ausdruck kommt, daß die Polizei einseitig sei, im Dienste der Unternehmer stehe, und die Arbeiter daher zu ihr kein Vertrauen haben könnten, dann hat sich die Polizei dieses selbst zu zuschreiben. Unsere Kollegen haben während dieses elf Streikwochen erkannt, daß sie sich auf keinen Menschen verlassen können, auch nicht auf Leute, die so gern von Arbeiterfreundlichkeit sprechen. Sie haben eingesehen, daß nur durch eine starke Organisation und engen Zusammenschluß der Arbeiterchaft eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten ist. Werden sie diese Lehre nicht wieder vergessen und derselben entsprechend handeln, dann werden wir das, was wir jetzt durch die Ausrüsterkolonnen nicht erreichen konnten, recht bald mit Hufen nachholen.

Anmerkung der Redaktion! Uns ging folgendes Schreiben zu:

Wien, 29. Aug. Gekannter Freund und College Joseph Wie wir im Organ Blatt N 34 Gelesen haben daß wir sechs Maurer die Verbrecher gespist haben sollen. Was wir übrigens der Fall nicht ist wie Sie uns in dem Gewerkschaftsorgan Schimpflich hingestellt haben daß lassen wir uns nicht biten und brauchen es auch nicht den wir als deutsche Staatsbürger bezahlen unsere Steuern und können Arbeiten wo wir wollen den Bericht den wir in dem Organ Gelesen haben sind die reinen Lügen und Erbschneidung Wir bitten höflich die Sache zu widerrufen im Organ und ihn der Ahlener Zeitung oder wir gehen Gerichtlich vor Wenn Sie uns die Person die dem Bericht von Wien überhand hat Sonstich mitteilen machen wir dem Redaktor des Gewerkschaftsorgan verantwortlich. Wo So eine Große zahl gearbeitet hat während den Streiken warum werden da nicht alle genant als belog die hat Maurer aus dem Hesselande Wenn Sie einen Artikel in daß Gewerkschaftsorgan schreiben So schreibt wenigstens Wahrheit aber nicht wie daß ihn No 34 der Fall ist Wo Alles gelogen ist und verdreht. Wir müssen ganz genau wie die Sache steht, daß der Maurer Heinrich Reith als Anführer der Kolonne wie ihn Organ zu lesen ist ist eine reine Lüge ist der Mann ist bloß aus Bestellung nicht gefahren und So ist die ganze Sache erfunden. wir scheuen kein Opfer und werden die Sache noch besser verfolgen ganz hochagant.

Wir können keine Statistiken und haben auch noch mit keinem Geschrieben und dieses Wort Sch. frechen wie im Organ steht ebenfalls eine Lüge und Erbschneidung ist Achtungsvoll, Johann, Georg, Dietrich.

Mit dem „Freund“ und „Kollege“ ist Kollege Becker gemeint, dem der pp. Dietrich persönlich bekannt ist. Ja, lieber „Freund“ Schorsch, ich kenne ja Deine Schmerzen. Aber deshalb geht man doch nicht an einen Ort wo gestreift wird. So hätten sich ja auch noch andere mitleidige Seelen gefunden, da brauchtest Du doch nicht mit Koppe Schein zu gehen. Und wenn man den einseitigen Kollegen in den Händen fällt, ihnen den Erfolg verleiht, sie schließlich damit aus ihrem Verstande treibt, lieber „Freund“ Schorsch, das ist doch nicht christlich, auch nicht kollegial gehandelt. Was würdest Du sagen, wenn Du zufällig in Wien wohnstest und ein anderer Schorsch hätte Dir einen solchen Streik gespielt und eine solche Handlungsweise sich auch darum nicht gerechtfertigt, wenn andere dasselbe tun. Wenn er aber auch Dir bekannt wäre, so wärest Du ein Nachbar unter Mitgliedern des Reichs, das ist doch ein Verbrechen im Jahre 1890 in Werne bei Langenbreez auf Besse „Annulla“ alle 14 Tage beim Verzählen der Menage um einen Selbstbetrag geprellt oder richtiger gesagt, betrogen wurde, und dieses Geld in Branntwein seine Auslegung fand, so wirst Du doch auch nicht von mir annehmen, daß ich, der ich damals zum ersten Male in der Fremde war, das heute für gerechtfertigt halte. Wenn Du nun unanständig angefaßt wirst, dann darfst Du Dich nicht beklagen, Du hättest eben aus Wien wegbleiben sollen. Glaubst Du aber vor dem Kadi Deine Ehre retten zu sollen, so kannst Du das ja versuchen, das steht Dir vollkommen frei. Bei der organisierten Arbeiterschaft ist Dein Urteil gefällt. Du hast gegen das Solidaritätsgefühl verstoßen, hast Familienvätern ihr Fortkommen erschwert. Wie Du das mit Deinem Gewissen abmachst, das ist Deine Sache.

Dortmund. Der Bauunternehmer Kubbe ist wegen Maßreglung und allzu nobler Behandlung von den Organisationen gesperrt worden. Die Bauten befinden sich in der Olgastraße.

Oberhausen, 24. August. Heute wurde über den Neubau der hiesigen Herz-Jesu-Kirche die Sperre verhängt, weil der Unternehmer Reiffenscheidt aus Styrum, der die Maurerarbeiten ausführt, den gesamten am Kirchenneubau beschäftigten Maurern und Bauhilfsarbeitern folgende Arbeitsordnung zur Unterschrift bzw. Anerkennung vorlegte: „Jeder bei mir in Arbeit tretende bzw. schon Stehende erklärt sich mit nachfolgenden Bedingungen einverstanden.“

- § 1. Das Arbeitsverhältnis wird ohne gegenseitige Kündigung gelöst. (Kündigung findet nicht statt.)
- § 2. Der Lohn, welcher dem Entlassenen bzw. Austrittenden zusteht, wird an dem auf den Austrittstag folgenden Lohnstag gezahlt.
- § 3. Sollten Differenzen bzw. Lohnstreitigkeiten vorkommen, soll das Gewerbegericht außer Frage gestellt und sämtliche Rechtsstreitigkeiten dem Gerichte in Mühlheim (Ruhr) unterworfen sein.
- § 4. Jeder bei mir in Arbeit Stehende oder noch Eintretende erklärt, keiner Organisation anzugehören. Sollte derselbe einer solchen angehören, verpflichtet er sich, sofort aus derselben auszutreten.
- § 5. Sollte trotzdem versucht werden, nach § 4 Organisierte ins Arbeitsverhältnis bei mir zu bekommen, so erklärt sich derselbe damit einverstanden, nach Feststellung einer Organisationsangehörigkeit, 20 M von seinem Lohne nachzulassen, welche dem Unternehmer zur freien Verfügung für einen kirchlichen oder öffentlichen Zweck dienen sollen. Mit diesen Arbeitsbedingungen erklären sich beide, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, durch Unterschrift einverstanden.

Oberhausen, den 23. August 1909.
Arbeitgeber: Jaf. Reiffenscheidt.
Arbeitnehmer: G. Lürmer, Jof. Grochowski, Jof. Rohman, S. van Meurs.

Da dieses geschwätzige Monstrum unseren Kollegen mit der Bedingung vorgelegt wurde, entweder zu unterschreiben oder am Abend des 24. August cr. aufzuhören, wurde am 23. August von den organisierten Kollegen beschlossen, die Unterschrift zu verweigern und sofort die Arbeit niederzulegen. Leider haben einige unorganisierte Elemente und ein Organisierte, der scheinbar keinerlei Ehrgefühl und Standesbewußtsein besitzt, diesen Beschluß mißachtet und die geschwätzige Arbeitsordnung unterschrieben. Es ist tatsächlich beschämend, daß heute im zwanzigsten Jahrhundert es noch möglich ist, daß Unternehmer es wagen dürfen, den Arbeitern ihr natürliches Koalitionsrecht zu rauben, ohne dafür bestraft zu werden. Ferner ist es beschämend, daß solches an einem katholischen Kirchenbau möglich ist. Jedenfalls haben der Kirchenvorstand und die Kirchenbaukommission auch ein wenig Schuld daran, daß solches überhaupt vorkommen konnte. Heute, wo im Baugewerbe das Tarifwesen schon sehr entwickelt ist, hätte man erwarten müssen, daß die Arbeiter nur an tariftreue Unternehmer vergeben würden. Hoffentlich wird speziell die Baukommission dafür sorgen, daß der Unternehmer Reiffenscheidt auf die Verschneidung der Menschen- und Arbeiterrechte recht bald verzichtet, damit nicht der Historiker schreiben muß, in Oberhausen am Neubau der katholischen Herz-Jesu-Kirche wurde den Bauarbeitern, die teils zu dem Wangel ihr Ehrgefühl mit beigetragen haben, ihr Koalitionsrecht, welches doch unantastbar und jedem heilig sein sollte, geraubt. Unsere Berufs-Kollegen, die ein brutaler Unternehmer in den Abwehrkampf getrieben hat, fordern wir auf, in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe auszuhalten, bis der Sieg unser ist. Zum Schluß dürfen wir wohl noch an alle Berufs-Kollegen die Bitte richten, die Firma Reiffenscheidt, speziell den Kirchenneubau, so lange zu meiden, bis daß die Firma das Koalitionsrecht sowie unseren Tarifvertrag anerkennt hat.

Bezirk Köln.

Nagen. Unsere Kollegen stehen nun schon seit 14 Wochen im Kampfe gegen die geplanten Verschlechterungen, welche die Unternehmer uns aufzwingen wollen. Die Haltung unserer Kollegen ist gut, wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß es viel besser wäre, was uns auch den Kampf leichter machte, wenn die Kollegen in größerer Zahl abreisen und nicht so leicht zurückkehren würden. Die Unternehmer sind sehr halsstarrig und wollen ihren Plan durchführen. Nach und nach werden weitere Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen, wodurch Störungen entstehen. Die Arbeiten, an denen Streikbrecher beschäftigt sind, scheitern nicht voran. Hauptaufgabe unserer Kollegen muß es sein, dieselben zu bewegen, sich mit uns solidarisch zu erklären. Wie weit der Fanatismus der Nagenen Unternehmer geht, zeigt folgendes: Das Polizeidirektionsgebäude ist eine große Arbeit. Die Stud- und Pagarbeiten sind der Firma Jul. Rabenau übertragen worden. Infolge des Kampfes bleibt die Arbeit liegen. Die Regierung drängt, daß die Arbeiten fertig werden. Nun hat eine Mainzer Firma die Arbeiten übernommen, die allerdings der Streikleitung gegenüber sich verpflichtet hat, die Arbeit nicht beginnen zu lassen. Diese Firma bezahlt ihren Statuten 85 Pf. pro Stunde. Die Nagenen Unternehmer wollen noch nicht mal ihren Statuten 57 Pf. bezahlen. Dabei Nagen sie fortwährend, daß die Behörden bei Vergabung von Arbeiten die Einheimischen nicht genügend berücksichtigen. Weil sie sich darauf festgesetzt haben, unseren Kollegen die Verschlechterungen aufzuzwingen, und nicht einmal 57 Pf. an die Statuten zahlen können, kann keine Einigung zustande kommen, und darum müssen ihnen solche Objekte entgehen. Ihre Klage, die Behörde berücksichtige sie als Einheimische nicht genügend, ist unberechtigt. Unsere Kollegen mögen nur standhaft bleiben, der Erfolg muß unser sein. Nur die Bitte der Zeitung mögen sie erfüllen, mehr als bisher das Kampffeld räumen und nicht eher zurückkehren, bis der Streik beendet ist. Diese Mahnung ist bisher leider nicht genug befolgt worden zum allgemeinen Schaden. Möge es besser werden. Möge man die Sache ernst nehmen, und mehr Opfer zu bringen bereit sein. Wir bitten alle Kollegen draußen im Lande, jeglichen Bezug fernzuhalten, und sich auch nicht für Nagen anmerken zu lassen.

Bezirk Danzig.

Neustadt (Westp.). Unser schon 13 Wochen geführter Lohnkampf ist bis jetzt resultatlos verlaufen. Die Kollegen haben vollauf zu tun, um den Bezug fernzuhalten, denn in dieser Zeit finden schon auf vielen Baustellen Entlassungen statt und ein jeder sucht dann ja anderweitig Arbeit. Die meisten Zugewanderten gehören dem „Freien“ Verbände an. In deren Verbänden ist ja auch nichts von einem Streik am hiesigen Ort vermerkt. Auch inserieren die Unternehmer fortwährend, und darauf fallen verschiedene Kollegen rein. Die Arbeitgeber sind ja im Druck,

daß sie am liebsten selbst mitarbeiten möchten. Aber den Tarif unterschreiben, das tun die Herren einmal nicht. Daß sie den Streik beendet sehen möchten, geht daraus hervor, daß sie Kolonnen auf der Straße anhalten und ganz einfach meinen, eine Kolonne Fußler würden sie noch einstellen. Wenn der Tarif unterschrieben ist, bekommen sie Fuhrer und Maurer, früher nicht. Darum, Kollegen, seid einig!

Bezirk Hannover.

Hamburg. Wie schon durch die Tagespresse bekanntgeworden ist, hat der Hamburger Kampf seinen Abschluß gefunden. Nach mehreren Verhandlungen einigte man sich auf folgende Abmachung:

Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im Gebiete des Vier-Städte-Bundes Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg, Harburg, Roßtädt, Langenfelde, Stellingen und Eidelstedt nehmen die Arbeit zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sofort wieder auf. Die Arbeitgeber des genannten Gebietes heben die verhängte Aussperrung, die Arbeitnehmer die verhängten Sperren sofort wieder auf, und verpflichten sich die Arbeitgeber, den Lohnsatz für alle Kategorien der obengenannten Arbeiter am 1. April 1910 um 3 Pf. und am 1. Juli 1910 um weitere 2 Pf. zu erhöhen.

Die Klasse II der Bauhilfsarbeiter erhält bei Wiederaufnahme der Arbeit einen Stundenlohn von 60 Pf. mit der Maßgabe, daß auch ihr unter den vorgenannten Daten der Lohnsatz um 3 bzw. 2 Pf. gesteigert wird. (S. Anlage.) Die Betonarbeiter nehmen die Arbeit unter den im Tarifvertrag vom Jahre 1907 vereinbarten Bedingungen wieder auf und erhalten ebenfalls am 1. April 1910 eine Lohnerhöhung von 3 Pf. und am 1. Juli 1910 eine solche von 2 Pf.

Für die Plattenleger bleibt der bisherige Tarif bestehen. Es wird eine paritätisch zusammengesetzte Kommission gebildet, die auf Grund des zwischen den Zentralorganisationen vereinbarten Vertragsnusters und der bisher im Vier-Städte-Bund geltenden Arbeitsbedingungen (Entwurf Nr. 3) einen Tarifvertrag ausarbeitet, welcher bis zum 31. März 1911 in Geltung haben soll. Etwa entstehende Streitigkeiten werden unter Hinzuziehung der Zentralvorstände geregelt.

Beide Parteien verpflichten sich, bei ihren Auftraggebern für die Annahme dieser Vergleichsvorschläge mit ihrem ganzen Einfluß einzutreten; die Arbeitgeber vorbehaltlich der Einigung in den anderen Gewerbegruppen. Vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Generalversammlungen sind beide Parteien an dieses Abkommen gebunden.

Beiderseitig finden Maßregelungen nicht statt. Für die übrigen Berufe treten dieselben Bedingungen ein. Am Sonnabend, den 21., und Sonntag, den 22. August, beschäftigen sich die verschiedenen Gruppen mit diesem Angebot. In allen Versammlungen wurde es angenommen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Gipsler. In einer am Montag, den 23. August, stattgefundenen weiteren Versammlung wurde die erste Abstimmung wiederholt und das Angebot ebenfalls angenommen. Somit konnte am folgenden Tage die Arbeit wieder aufgenommen werden. War der Kampf auch ein langer und harter, so kann man mit dem Abschluß doch zufrieden sein. Fünf Forderungen waren gefordert; diese treten nun in zwei Stufen in Kraft. Die Arbeiter haben sich muster-gültig im Kampfe gehalten; dieses muß auch von unseren Kollegen gesagt werden. Hoffentlich werden die sozialdemokratischen Verbände dieses zu würdigen wissen, indem sie mit unseren Kollegen in friedlichem Einvernehmen auf den Bauten arbeiten.

Wilhelmsbaven. Die Firma Lange aus Hannover führt hier für die Kaiserliche Werft, sowie für die Garnisonverwaltung Arbeiten aus. Die Firma kümmerte sich aber um den hier bestehenden Vertrag nicht. Es wurde von unseren Kollegen angeregt, bei der Firma vorzugehen, um die Bestimmungen des Vertrages durchzuführen. Gemeinschaftlich mit den „Freien“ Verbänden wurde die Firma aufgefordert, die tariflichen Bestimmungen einzuführen. Die Firma lehnte dieses jedoch ab. Nachdem wir nochmals mündlich vorstellig geworden waren, wurde am 20. August die Arbeit eingestellt. Die Niederlegung der Arbeit erfolgte vollständig geschlossen und hat ihre Wirkung auch nicht verfehlt. Die Firma trat sofort in Verhandlungen und bewilligte für Maurer die geforderte neunständige Arbeitszeit, sowie die Zuschläge für Wasserarbeiten. Für Bauhilfsarbeiter ist die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt, weil der „freie“ Bauhilfsarbeiterverband einen Tarif mit der Firma hatte, welcher für Erdarbeiten 10stündige Arbeitszeit vorsieht. Der „Berliner Arbeiter“, Organ der katholischen Fachabteilungen (St. Berlin), schreibt in seiner Nr. 36 einen Bericht, worin es heißt, in Wilhelmsbaven hätten die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, aber bereits wieder aufgenommen, ohne etwas erreicht zu haben. Früher ließ die Firma 11-13 Stunden arbeiten ohne Ueberstundenzuschlag, zahlte auch keine Zuschläge für Wasserarbeiten; jetzt besteht für Maurer 9 Stunden und für Arbeiter 10 Stunden Arbeitszeit, jede weitere wird mit Zuschlag bezahlt, ebenso die Wasserarbeiten. Diesen Erfolg verzeichnen, kann man nur von den „Berlinern“ erwarten. Auch können wir den Herren mitteilen, daß ca. 60 christlich organisierte beteiligt waren, meistens Leute aus Oberhiesien, die vom Fachabteilungsrummel nichts wissen wollen.

Bezirk Nürnberg.

Forsheim. Unsere Kollegen haben gemeinsam mit den „Freien“ unterm 14. August den Unternehmern eine Lohnforderung von 40 Pf. Stundenlohn unterbreitet. Der bisherige Lohn der Maurer war 32-34 Pf. Der Arbeitgeberverband teilte hierauf in einem Schreiben vom 21. August mit, daß er keine Lohnerhöhung gewähren könne, mit der Begründung, daß die Konkurrenz eine Lohnerhöhung nicht zulasse. Da aber die Konkurrenz eine gute ist, beschloßen die Kollegen, am 23. August in den Streik zu treten. Sämtliche Maurer, auch unorganisierte, haben die Arbeit niedergelegt. Zudem verschiedene Arbeiten sehr stark pressieren, auch die Haltung der Kollegen eine musterhafte ist, so besteht die beste Aussicht, daß in kurzer Zeit ein Erfolg erzielt wird. Inzwischen ist, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, der Kampf durch Tarifabschluß mit 4 Pf. Lohnerhöhung beendet worden.

Stettin. Hier haben wir vor kurzem in einer Versammlung zu einer Lohnforderung von 5 Pf. Stellung genommen. Dem Unternehmer wurde dieses hinterbracht, worauf er am nächsten Sonnabend freiwillig 2 Pf. pro Stunde aufbesserte, so daß sich die Einreichung der Forderung erübrigte.

Bad Rissingen. Unter dem 21. Juni haben wir gemeinsam mit den „Freien“ eine Lohnforderung von 45 Pf. pro Stunde für Maurer gestellt. In einem Schreiben teilten uns die Unternehmer mit, daß sie bereit wären 1 Pf. zu bewilligen. Da aber jetzt keine Arbeit vorhanden ist und erst nach der Wobefaison die Konkurrenz eine sehr gute zu werden verspricht, so werden die Unternehmer wohl noch andere Zugeständnisse machen müssen. Derselbst müssen wir also abwarten.

Wartrebitz. Ende Juni übten auch die „Freien“ hier das Bedürfnis, eine sozialdemokratische Organisation der Maurer zu gründen, welche unter der „bewährten“ Führung des Herrn Arbeiter-Partei- und Gewerkschaftsekretärs Reith ihr Dasein fristet. Da es sich hier bei dem bis jetzt unorganisierten meist nur um ausländische Maurer (Dänen) handelte, so waren außer drei Bauleitern auch der sozialdemokratische Reichstags-

abgeordnete Böw aus Karlsbad als Referent anwesend. Sehr beachtend ist, daß gleich bei der Gründung auch eine Lohnforderung gestellt und eingereicht wurde, welche aber noch heute ihrer Erledigung harret. Unsere Organisation, welche meist aus arbeitsfähigen Kollegen besteht, hat man nach bekannter Art ausgeschaltet. Wir wollen hoffen, daß diese „sehr gut vorbereitete“ Bewegung zum Nutzen der Bauarbeiter ausfällt.

Bezirk Paderborn.

Stahle-Holzwinden. Der Kampf in Holzwinden geht weiter. Die Herren Arbeitgeber haben auf unser letztes Angebot, welches dahin ging, bei Aufnahme der Arbeit eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde zu gewähren, abgesehen. In einem Schreiben an den Vorstand wurde mitgeteilt, daß aus besonderen Gründen keine Zulage gewährt werden könnte. Die Kollegen beider Organisationen haben daraufhin beschlossen, den Kampf weiterzuführen. Die Unternehmer suchen die Leute im einzelnen auf, um sie zur Arbeit zu bewegen; die Kollegen haben diese Zumutungen zurückgewiesen. Die Anstrengungen der Arbeitgeber beweisen, daß sie im Druck sind. Es ist daher Aufgabe aller Kollegen, energisch auszuhalten bis zur Entscheidung. — Aus Stahle hatte von den organisierten Kollegen noch keiner sich zum Streikbrecher herabgelassen. Jetzt ist der Kollege Ferdinand Specht, Buchnummer 23 451, als Ketter in der Not eingespungen. Derselbe war sechs Wochen abgereist und hatte gute Arbeit in Stadbeck erhalten. Trotzdem kommt derselbe zurück, bevor der Kampf beendet ist, und trotz Arbeitswilliger. Derselbe hat bei Gebrüder Zimmermann Arbeit angenommen. Von dem Vorstände aus sein Verhalten aufmerksam gemacht, blieb er trotzdem in Arbeit, und daraufhin wurde er ausgeschlossen. Er hat dem Vorstände gegenüber erklärt, daß er sich verpflichtet habe durch Unterschrift, keinem Verbandsangehörigen und keinen Streikenden und Ausgesperrten zu unterstützen. Wir ersuchen die Kollegen in der Fremde und in der Heimat, sich dieses Verhalten zu merken. Den kämpfenden Kollegen rufen wir zu: Haltet aus in dem aufgedrungenen Kampfe!

Brakel (Sr. Förster). Zur Lage des Kampfes sei berichtet, daß derselbe weitergeht. Die Geschäfte Ditten und Klare laufen ständig noch weiter, und man sieht keine Kosten, um Maurer und Zimmerer nach Brakel zu bekommen. Am 17. August war eine Kolonne Fußer mit einem Kalkträger aus Caffel eingetroffen. Dieselben sollten den Fuß fertigstellen im Neubau des Drehturmes. Unter der Vorpiegelung, der Streik sei beendet, hatte Herr Ditten dieselben nach Brakel gelockt. Auf Vorstellungen der Streikleitung sind dieselben jedoch wieder abgereist, ohne erst anzufangen. Darüber große Empörung bei Ditten. Derselbe drohte, er werde die fünf Fußer und den Kalkträger anzeigen, weil sie die Arbeit kontraktlich übernommen hätten. Aber diese Drohung wirkte nicht. Die Fußer erklärten vielmehr, daß man sie hintergangen habe, indem man ihnen verschwiegen habe, daß in Brakel Streik sei. Dieses teilen wir mit, damit nicht etwa Fußer oder Maurer nach Brakel kommen und den Herausreißer spielen. Zur Charakterisierung des Herrn Ditten sei folgendes mitgeteilt: Wiederholt wurden Versuche gemacht, um eine Einigung herbeizuführen. Alles scheiterte an dem Starrsinn der Unternehmer. Dieselben sind dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe im Vergotum beigetreten und sich, wie man sagt, durch hohe Konventionstrafen verpflichtet, nichts zu bewilligen. Da nun die Arbeiter drängen, unternahm der Herr Rektor Staber einen Einigungsversuch bei Herrn Ditten. Auf Grund des Tarifes von Amelungen sollte eine Einigung stattfinden. Herr Ditten erklärte, daß er mit der Streikleitung nicht verhandeln wolle, sondern mit der Bezirksleitung. Der Bezirksleiter, Kollege Berner, wird telegraphisch herbeigerufen und begibt sich zu Herrn Ditten. Derselbe fragt an, ob eine Unterredung in der fröhlichen Frage gestattet sei; dieselbe wird gewährt. Aber leider ging Herr Ditten nicht auf die Wünsche der Maurer und Zimmerer ein, sondern fing an zu schimpfen auf die Streikenden. Der Bezirksleiter bittet, dieses zu unterlassen. Mittlerweile kam der Sohn, August Ditten, hinzu, und die Stimmung der beiden Herren wurde immer gereizter und die Ausbrüche immer schärfer. Als der Bezirksleiter nun wiederholt die Leute in Schutz nahm, da drangen beide, Herr Ditten und sein Sohn August, auf denselben ein und versetzten ihm Hiebe und Stöße und Fußtritte. Hundweg leugnete Herr Ditten ab, irgendwelche Umwandlung mit dem Herrn Rektor Staber getroffen zu haben. Diese Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Den Kollegen aus dem Kreise Förster, besonders aus Brakel und Umgegend, rufen wir zu: Weidet Brakel, damit endlich einmal menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

In Förster und Brilon haben mehrere Verhandlungen stattgefunden, zu einem endgültigen Resultat ist man nicht gekommen. Es sind Aussichten vorhanden, daß in beiden Orten die Lohnbewegung friedlich endet.

Bezirk Posen.

Jarotchin. (Tarifabschluss.) Nach der am 16. August d. J. abgehaltenen Generalversammlung, in der Arbeitgeber und Polizei anwesend waren, sowie nach einer derben Aussprache mit den Arbeitgebern fand am 22. August d. J. abermals eine Verhandlung zwischen Lohnkommission und Arbeitgeberverband statt. Diesmal gingen die Verhandlungen glatt vonstatten, die Unternehmer zeigten etwas mehr Entgegenkommen. Betreffs des Lohnes boten sie uns einen Pfennig mehr, was von der Lohnkommission anerkannt und unter Vorbehalt der demnächst stattfindenden Generalversammlung angenommen wurde. Nach Durchberatung einiger kleinerer Punkte sowie Festsetzung eines Normallohns für die Postengesellen von 3 Pf. mehr die Stunde, als der Gesellenlohn beträgt, lautet der Vertrag in seinen wesentlichen Punkten wie folgt: Der Vertrag gilt für den ganzen Kreis Jarotchin; 11stündige Arbeitszeit, Stundenlohn für Maurer- und Zimmergesellen 40 Pf. (die Gesellen, welche zurzeit einen höheren Lohn gehabt haben als 40 Pf., dürfen in Lohn nicht gekürzt werden). An Zuschlägen zu obigen Sätzen: für Ueberstunden 3 Pf., Nachtarbeit 5 Pf., Sonntagsarbeit 10 Pf., für Arbeiten im Wasser bei Wasserbauten 5 Pf.; Postengesellen erhalten bis zu 3 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde. Bei Arbeiten über Land, welche mehr als 5 Kilometer vom Orte des Geschäftes entfernt sind, eine Vergütung nach Vereinbarung. (Eine besondere Bauzulage gibt's nicht, da bis jetzt eine solche noch nicht bestanden hat.) Bei Bauarbeiten bis zu 30 Kilometer Entfernung wird alljährlich die Hin- und Rückfahrt vergütet. Bei mehr als 30 Kilometer dagegen alle 14 Tage. Lohnzahlung findet alle Woche am Sonnabend statt und zwar mit Arbeitslohn auf der Baustelle. Kündigung findet nicht statt. Zum Schutze gegen Witterung ist auf jeder Baustelle eine verbleibbare Baubude zu errichten, ebenso ein Abort, und auf Arbeitsplätzen, wo eine größere Anzahl von Arbeitern längere Zeit beschäftigt ist, ist das notwendige Verbandsmaterial vorrätig zu halten. Auf jeden Fall soll jemand bestimmt werden, der bis zu 1 Stunde vor Beginn der Bauarbeiten die notwendigen Lebensmittel beschafft. Der Tarif gilt vom 23. August 1909 bis zum 31. März 1910. Wenn man beachtet, daß das der erste Tarif hier am Orte ist, der so lange dauerte, so kann man wohl verstehen, daß sich die Unternehmer dagegen sträubten. Die realen Tatsachen bringen es daher, die Kollegen mögen hieraus die Lehre ziehen, und noch energischer wie bis jetzt für den Verband arbeiten.

Zur inneren Arbeit in den Zahlstellen.

Welche Aufgaben haben die einzelnen Vorstandsmitglieder zu erfüllen, wenn das Verbandsleben kräftig und freudig sein soll? Auf diese Frage möchte ich heute eingehen, nachdem ich in einer früheren Nummer der „Baugewerkschaft“ gezeigt habe, wie Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Mitglieder Hand in Hand arbeiten sollen. Ich komme zunächst zum Vorsitzenden.

Der Vorsitzende hat für die Vorbereitung der Versammlungen zu sorgen. Er muß ganz besonders sein Augenmerk darauf richten, daß allen Mitgliedern die Versammlung bekannt ist, damit sich kein Kollege entschuldigen kann, er habe nicht gewußt, daß Versammlung war. Der Vorsitzende soll ehrgeizig bestrebt sein, daß durch eigene Schuld kein Mitglied verloren geht. Eine weitere Aufgabe ist, daß die Versammlungen anregend gestaltet werden. Jede Langeweile ist zu vermeiden. Dazu gehört ein festes Gefühl. Es gilt, die Diskussion anzuregen, zu animieren. Unter keinen Umständen darf der Vorsitzende die ganze Versammlung selbst mit Sprechen ausfüllen. Bei dem fargen Wortschatz, über den wohl ein jeder von uns zu klagen hat, kommt es vor, daß über Angelegenheiten geredet wird, die nicht in eine Versammlung gehören. Tut das nun gar der Vorsitzende, dann kann es so weit kommen, daß die Mitglieder nicht mehr in dem Vorsitzenden den Leiter erblicken, sondern einen Schwadronneur, und ihn nicht mehr ernst nehmen. Es wäre nicht das erstemal! Um dem zu begegnen, müssen die Versammlungen gut vorbereitet werden. Keine Versammlung darf stattfinden, der nicht eine Vorstandssitzung vorausgegangen ist, in der man sich über die Punkte, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, geeinigt und einer gründlichen Besprechung unterzogen hat. Alle Vorstandsmitglieder müssen über die Tagesordnungspunkte sich einig und klar sein, dann kann es nicht vorkommen, daß eine Versammlung langweilig wird. Durch die so geschaffene Klarheit unter den Vorstandsmitgliedern über die Behandlungsgegenstände werden auch die anderen Kollegen sich an der Diskussion beteiligen. Würde allerorts so verfahren, dann würde sich fast keine Gelegenheit finden, um persönliche Sachen in die Versammlungen zu tragen. Ist dann wirklich in einer Versammlung der Stoff alle, dann muß der Vorsitzende wissen, was es geschlagen hat; dann lieber eine Versammlung von einer Stunde und Schluß, als von zwei Stunden und Krakeel. An persönlichen Stänkereien hat niemand weiter Interesse, als der, der sie anschneidet.

Wie oft aber kommt es leider vor, daß erst bei Beginn der Versammlung die Tagesordnung festgelegt wird! Ja, der Vorstand weiß selbst nicht, welche Punkte er auf die Tagesordnung setzen soll. Es werden dann gewöhnlich schnell die zwei Punkte: Verlesung des Protokolls und Verschiedenes bekanntgegeben, und dann geht es los, über alles mögliche, nur nicht über das, was den Kollegen zu Nutz und Frommen ist. Was ist die Folge davon? Die Kollegen gehen unbefriedigt nach Hause und sagen sich, darum verpielen wir keinen Schlaf mehr und geben kein Geld dafür aus. Sie kommen das nächste Mal nicht wieder. Es bedarf gar keiner Frage, daß dieses zum schlechten Versammlungsbesuch beiträgt. Unsere Vorstände sollten einmal ernstlich nach dieser Seite Gewissensforschung halten, ehe sie über mangelndes Interesse und Opferwilligkeit der Kollegen klagen.

Ein ganz besonderes Augenmerk muß alsdann auch der Vorsitzende darauf richten, daß Anregungen und Wünsche von einzelnen Kollegen aus der Versammlung heraus, die von der Versammlung akzeptiert werden, nach Möglichkeit auch ausgeführt werden. Es fordert nichts mehr die Unbilligkeit der Kollegen heraus, als wenn ihre Anregungen und Beschlüsse nicht ausgeführt werden. Eine dankenswerte Aufgabe des Vorsitzenden ist dann auch noch der persönliche Besuch der Mitglieder mit dem Vertrauensmann. Mit einem solchen Besuch, und wenn er nur einmal im Jahre geschieht, wird das Vertrauen der Kollegen eher gewonnen, als wenn der Vorsitzende in den Versammlungen Opferwilligkeit predigt, die Mitglieder aber das Gefühl haben, daß er selbst nicht bereit sein würde, ein solches Opfer zu bringen. Die Mitglieder müssen überzeugt sein, daß der Vorsitzende auch selbst das tut, was er von den Mitgliedern fordert.

Nun ein Wort zu den Schriftführern. Der Schriftführer hat das Protokoll der Versammlungen und Vorstandssitzungen zu führen; er soll den Vorsitzenden auch bei schriftlichen Arbeiten größeren Umfangs unterstützen. Bei gewissenhaftem Arbeiten keine leichte Aufgabe! Das Protokoll hat den Zweck, gefasste Beschlüsse und sonstige wichtige Vorkommnisse festzuhalten. Da ist es von Bedeutung, daß ein Protokoll sich durch Klarheit auszeichnet; die Beschlüsse und Anträge müssen vollständig wiedergegeben werden. Wie manche Streitigkeit kann dadurch unterbunden werden. Aber mit dem Protokollführen ist es nicht allein getan, der Schriftführer soll vielmehr auch bestrebt sein, unsere Bewegung populär zu gestalten, d. h. Stimmung machen in der Presse. Wenn wichtige Beschlüsse in den Versammlungen gefast werden oder wichtige Vorträge gehalten, dann muß stets ein kleiner Auszug der Presse zugehen, was bei eintem guten Willen leicht möglich ist. Nur sich nicht ängstlich sagen: das kann ich nicht. Vor jeder Versammlung sollte auch eine kurze Einladung der Presse zur Veröffentlichung zugehen. Notwendig ist dazu, daß die vorausgehende Vorstandssitzung eine diesbezügliche Notiz für die Tagespresse zusammenstellt. In derselben muß dann auf die wichtigsten Punkte der Tagesordnung, soweit sie für die Öffentlichkeit Interesse haben, hingewiesen werden. Kleine Notizen werden gelesen, und die Zeitungen, die uns freundlich gesinnt sind, werden solche auch immer aufnehmen.

Die Aufgabe des Kassierers ergibt sich von selbst. Wenn er seine Kassengeschäfte gewissenhaft führen soll, dann darf er mit sonst nichts mehr belastet werden. Dieses geschieht jedoch vielfach nicht, ja es gibt Zahlstellen, wo der Kassierer alle Einladungen besorgen, Zeitungen ausgeben und Beiträge einlassen muß, mühen bis alleinige Arbeitspens auf den Vertrauensleuten ist. Wird dadurch etwas vernachlässigt, was ja gar nicht ausbleiben kann, dann belohnt er sich die bittersten Vorwürfe. So etwas darf nicht sein! Der Vorstand muß sich klar

sein, welche Verantwortung der Kassierer, zumal bei einer größeren Zahlstelle, hat, und daß er nach Möglichkeit entlastet werden muß. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß eine Arbeitsteilung innerhalb des Vorstandes sein muß, daß jeder seine bestimmte Aufgabe hat, dann werden auch die übertragenden Arbeiten ausgeführt.

Unsere Vorstandsmitglieder müssen ein viel größeres Verständnis den großen Fragen der Zukunft entgegenbringen, sich über einschneidende Fragen orientieren, zum mindesten aber über die Verbandsrichtungen vollständig im klaren sein. Es darf sich nicht zeigen, daß Vorstandsmitglieder kleinlicher sind, als die übrigen Mitglieder. Dieses kann aber doch nur dann sein, wenn sie selbst sich über Mögliches und Unmögliches vergewissert haben. Von jedem Vorstandsmitgliede sollte man denn auch erwarten, daß es so viel Interesse seinem Verbands entgegenbringt, daß es eifrig die Protokolle unserer Generalversammlungen studiert und das Statut sich einprägt; dann wird es manches verständlich finden, was ihm vorher unklar erschien. Ein Tappen im Dunkeln war immer schädlich!

Der Verband westdeutscher Konsumvereine (Sitz Köln a. Rhein)

hielt am 22. und 23. August in Köln in der Bürgergesellschaft seinen 2. Verbandstag ab. Derselbe war außerordentlich stark besucht und war ein Beweis dafür, daß genannter Verband im Westen Deutschlands bereits feste Wurzeln geschlagen hat. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Verbandsdirektor Schladt, Mülheim (Rhein), erstattete derselbe den Geschäftsbericht, aus dem wir folgende Einzelheiten entnehmen: Der Verband umfasst heute bereits 64 Vereine und steht hiermit in Rheinsland und Westfalen an zweiter Stelle. Die Zahl der Mitglieder beträgt 40 000. Der im verfloßenen Jahre erzielte Umsatz betrug 9 717 112,39 M und zwar: im eigenen Geschäft 7 082 463,55 M, im Lieferantengeschäft 2 134 653, — M. Der Gesamtüberschuß betrug 728 834,68 M. An Rückvergütungen kamen zur Auszahlung: 1 Verein 11 Prozent, 2: 10 Prozent, 7: 9 Prozent, 1: 8 Prozent, 9: 8 Prozent, 5: 7 Prozent, 7: 6 Prozent, 8: 5 Prozent, 7: 4 Prozent, 2: 3 Prozent, 1: 2 Prozent. Trotz der wirtschaftlichen Krise hat der Verband Fortschritt gemacht. Das Organ des Verbandes, „Der Konsumverein“ erscheint heute bereits in einer Auflage von 16 000 Exemplaren. In der sich an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion wurde rückhaltlos anerkannt, daß Vertreter der bürgerlichen Parteien und vor allem die Arbeiter-Abgeordneten es waren, die im verfloßenen Jahre die Gesellschaftsteuer zu Fall brachten und damit den Konsumgenossenschaften einen Dienst erwiesen. Die gegnerischen Maßnahmen wurden eingehend debattiert und fand auf Vorschlag des Vorstandes nachgehende Resolution einstimmige Annahme: „Der zweite Verbandstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine spricht sich entschieden gegen das in gewissen Kreisen (Mittelstandsvereine, kath. Kaufmännischer Verband usw.) immer wieder hervortretende Bestreben aus, die maßgebenden Körperschaften, wie Landtag und Reichstag und Regierung gegen die Konsumvereine mobil zu machen. Insbesondere muß es als verwerflich bezeichnet werden, wenn diese Kreise unter einseitiger Verächtlichmachung ihrer Interessen dem Mittelstand zum Zwecke der Selbsthilfe den genossenschaftlichen Zusammenschluß empfehlen, während sie andererseits den Arbeitern und Angestellten dieses Recht durch maßlose Besteuerung der Konsumvereine zu kürzen suchen. Als ebenso verwerflich bezeichnet der Verbandstag die von jener Seite angewandte Taktik, zunächst ein gesetzliches Verbot der Beamten-Konsumvereine herbeizuführen, um alsdann den Kampf aufs Ganze besser führen zu können. Die mittleren und unteren Beamtenkategorien bedürfen ebenso des genossenschaftlichen Zusammenschlusses wie die Angestellten und Arbeiter in Privatbetrieben, da die Einkommensverhältnisse in vielen Fällen die gleichen sind. Der Verbandstag erwartet von Regierung, Reichstag und Landtag, daß sie sich in ihrem Verhalten gegenüber den Konsumvereinen trotz der maßlosen Hebe nur nach Maßgabe der Gerechtigkeit leiten lassen.“

Der von Herrn Verbandsdirektor Braun erstattete Kassensbericht des Verbandes zeigte bei einer Einnahme von 8077,92 M und einer Ausgabe von 5446,20 M einen Bestand von 2631,72 M. In der Sonntagmorgens-Sitzung referierte Herr Geschäftsführer Biffels, Werben (Ruhr), über den Ausbau bestehender und die Gründung neuer Vereine. Aus der Entwicklung der Bewegung und ihrer Jugend, erklärte er sich, daß derselben heute noch zum größten Teil Arbeiter angehörten. Wenn die Konsumgenossenschaftsbewegung heute noch so viele Gegner hat, dann erkläre sich das dadurch, daß die tiefere Ursache des Genossenschaftswesens vor vielen noch nicht erfasst werde. Arbeitervereine, Gewerkschaften und Konsumvereine, die alle die Hebung der unteren Massen bezweckten, müßten einträchtig zusammenwirken. Neben befürwortete die Zusammenlegung kleinerer Genossenschaften an ein und denselben oder benachbarten Orten. Nur der großangelegte organisierte Konsum ermögliche den Übergang zur Eigenproduktion. Herr Biffels warnte entschieden vor leichtfertigen Neugründungen. Wenn in der Diskussion noch manche Wünsche laut wurden, so wurde doch andererseits betont, daß zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften ein gutes Verhältnis bestehe.

Herr Geschäftsführer Hillekamp, M.-Glabbad, behandelte an Hand der vom Vorstände vorgelegten Satzungen die Schiedsgerichtsfrage.

Die Einrichtung eines Schiedsgerichts wurde beschlossen und fanden die Satzungen die Genehmigung des Verbandstages. Der Montag war dem gemeinsamen Einkauf gewidmet. Herr Verbandsdirektor Braun behandelte zunächst das Thema: „Mittel und Wege zum intensiveren gemeinsamen Einkauf“. Eingehend wies er auf die durch den gemeinsamen Einkauf zu erzielenden Vorteile hin und bat dringend, den Einrichtungen des Verbandes, Einkaufstag und Bezugskommission, mehr Beachtung zu schenken. Im Anschluß an das Referat wurde dann der gemeinsame Einkauf getätigt, wozu die Lieferanten ihre Waren ausgelegt hatten. Damit fand der Verbandstag seinen Abschluß, der gezeigt hat, daß der Verband westdeutscher Konsumvereine infolge seiner neutralen Stellung in erster Linie dazu berufen ist, den echt deutschen, genossenschaftlichen Geist Westdeutschlands zu heben und zu stärken. Mögen alle die Konsumvereine, die ihrer ganzen Natur nach zu diesem Verbands gehören, bald den Anschluß an denselben suchen. Das Sekretariat des Verbandes in Mülheim (Rhein) ist stets gern zu näherer Auskunft bereit.

Verbandsnachrichten.

Stuttgarter. Dortmund. Unsere Mitgliederversammlung, welche am 28. August im Gewerkschaftshaus stattfand, besaßte sich mit dem neuen Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Es wurden seitens des Vorsitzenden die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs den Kollegen vor Augen geführt, speziell die Grundlage, worauf die neue Verordnung aufgebaut ist: der einheitliche Inkassentweg für sämtliche Versicherungsbeiträge, nämlich den Prämien-, Unfallbeiträge und Unfallversicherung.

wodurch den Arbeitern wesentliche Vorteile geboten werden; wogegen einzelne Bestimmungen der Abänderung bedürfen. In der Diskussion wies der Koll. Petri darauf hin, daß die Vorlage schon eingehend besprochen worden wäre auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Köln, und wünschte, daß die Verhandlungen im Reichstage dazu führten, daß etwas Brauchbares für die Arbeiter zustande käme. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde auf das bevorstehende Fest hingewiesen, die Feier des zehnjährigen Bestehens der Organisation christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter hier am Orte, welches am 18. September stattfinden wird. Ferner wurde die hiesige Agitationsweise seitens der Freien zur Sprache gebracht. Die Kollegen waren aber der Ansicht, daß durch Verlogenheit gegen uns unsere Reihen sich nur stärken, denn das zeigt so recht die Baukontrolle, die von den „Freien“ allein ausgeführt wurde, obschon Koll. Petri für uns dieselbe mitmachen wollte. Ferner wurde den Kollegen der neue Statutenentwurf, der in der „Baugewerkschaft“ enthalten ist, zum Studium empfohlen. Die Versammlungen sollen von jetzt ab bis auf weiteres Donnerstags stattfinden und zwar die nächste am 16. September, abends 9 Uhr. Somit war die Tagesordnung erschöpft und wurde die von 30 Kollegen besuchte Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die christliche Bewegung geschlossen.

Hannover. In Nr. 35 des sozialdemokratischen „Stuttartens“ faßt der „wahrheitsgetreue“ Artikelschreiber sich ein Zeug zusammen, er nicht verantwortlich sein kann. Wir müssen annehmen, daß er sich vorher ordentlich begonnen hat. Auf das Geschreibsel einzugehen, wäre zu viel Ehre angehen, nur richtigstellen wollen wir, daß wir niemals verlangt haben, den Unternehmer Weitenbach zu sperren, auch war dies dem sozialdemokratischen Vorgesetzten nicht möglich, weil er nur ein Mann dort am Bau arbeiten hatte, wogegen von uns 9 Kollegen beschäftigt waren. Wir hätten also zur Verhängung der Sperre wahrlich nicht der „Genossen“ bedurft. Ueber diese und andere Angelegenheiten ist wohl eine gemeinsame Sitzung gewünscht worden. Wenn wir unsere Kollegen aus Streitorten hier unterbrachten, war das Pflicht von uns. Ober tut das der rote Sozialistenverband nicht auch? Wozu sonst sein Geschwafel von Solidarität. Was die festgelegten Beschlüsse anbelangt, so verweisen wir auf die „Baugewerkschaft“ vom 22. August d. J., Nr. 34; diese entsprechen der Wahrheit. Wir haben nichts von den „Genossen“ zu erbitten, sondern wir verlangen Gleichberechtigung. Das ganze Geschreibsel des „Stuttartens“ erklären wir für Verleumdung. Rich. Schneider.

Dachdecker.

Hannover. Am Mittwoch, den 1. September, fand im Gesellschaftshaus die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung hielt Kollege Schneider einen Vortrag über die Reform der Arbeiterversicherung. Redner schilderte, wie notwendig die Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze sei. Durch die neue Reichsversicherungsordnung soll das Verwaltungsverfahren vereinfacht werden; was mit Freuden für die Arbeiterchaft zu begrüßen ist. Unter dem heutigen langwierigen Verfahren verstreichen oft Monate, bis eine Antwort zugeht, was der Arbeiter bei seinem schlechten Verhältnissen bitter hart empfindet. Die Reform für die Krankenversicherung sei ebenfalls für uns von großer Bedeutung. Kleine Krankenkassen müssen verschwinden und große leistungsfähige Kassen geschaffen werden. Die Halbierung der Beiträge ist zu verurteilen, da sie für die Arbeiter ungünstige Folgen zeitigen wird. Besonders schlecht stehen die Gemeindefrankenkassen in ihren Leistungen da. Zu begrüßen ist die Einführung der Verhältniswahlen bei den Krankenkassen. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Dienstmoten, Landarbeiter, sowie Hausgewerbetreibenden ist unbedingt notwendig. In der Invalidenversicherung werden Änderungen geplant, so die neuen Markensorten, sowie Verschiebung der Klassen, weil die Witwen- und Waisenversicherung mit einbegriffen wird und sich so eine Erhöhung der Beiträge notwendig macht. Letztere Versicherung sei dringend erforderlich, besonders für die Bauarbeiter. Nach dem Tode eines Bauarbeiters bleibt die Familie ohne jegliche Unterstützung und ist sich selbst überlassen. Wenn hier eine gesetzliche Unterstützung eingreife, so sei das geeignet, der Familie wenigstens über die schlimmste Zeit hinwegzuhelfen. Zu wünschen sei, daß der Reichstag den vorgelegten Entwurf in möglichst günstigem Sinne für die Arbeiterchaft ausbaue. Dem Vortrag folgten die Kollegen mit großer Aufmerksamkeit. In der Diskussion ergänzte Kollege Rohde noch einige Punkte. Zu Punkt 2, Jahresbericht, gab der Vorsitzende, Karl Fahlbusch, bekannt, daß wir gegen das Jahr 1908 vorwärts gekommen seien. 1908 hatten wir im Durchschnitt 37, 1909 dagegen 44 Mitglieder. Aufgenommen wurden 11, zu uns Übergetreten sind 3 Mitglieder. Die Versammlungen hätten besser besucht werden können. Fast in jeder Versammlung ist uns Kollege Schneider mit einem Vortrage entgegengekommen. Mit der Tätigkeit des Vorstandes sowie Lokalbeamten war man vollkommen zufrieden. In dem Punkt Vorstandswahl wurde ein Resultat erzielt: zum ersten Vorsitzenden wurde Karl Fahlbusch wiedergewählt, zum zweiten Vorsitzenden Wilhelm Fahlbusch, als erster Schriftführer Joseph Heine, als zweiter Aug. Rohde, zum Kassiererdirektor August Rohde, zum Stellvertreter Frz. Müller gewählt. Gegen 11 1/2 Uhr fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Maurer.

Allenstein. (Fachabteilungsaktivität.) Aus Anlaß des obigen Kongresses der christlichen Gewerkschaften fand hier am 12. August eine große Versammlung statt, in welcher Kollege Schönlebe über das Thema: „Zehn Jahre christliche Gewerkschaftsarbeit“ referierte. Nach einer einstimmig angenommenen Entschließung, in welcher die Versplitterungsarbeit der „Verliner“ Fachabteilungen kritisiert worden, weil dadurch der Sozialdemokratie nur Vorparadien geleistet werden, fand die interessante Versammlung ihr Ende. Der Fachabteilungssekretär Kuczinski fühlte sich hierdurch gekränkt, und trug ersuchen ein anderthalbspaltenlanges „Eingefandt“ im „Allensteiner Volksblatt“, worin über die christlichen Gewerkschaften allerhand schmutzige Zeug zusammengeschrieben war, um die katholischen Arbeiter vor denselben gruselig zu machen. Um den Kollegen Schönlebe bei der ermländischen Geistlichkeit besonders in Mißkredit zu bringen, schrieb Herr K.: „Hört Ihr hochwürdige Herren Präbiter der katholischen Arbeitervereine, wie Eure große Tätigkeit in den Arbeitervereinen durch den christlichen Gewerkschaftssekretär Schönlebe, Königsberg, welcher der Verfasser dieser Resolution ist, eingeklagt wird?“ In einem Eingefandt im „Allensteiner Volksblatt“ wies Kollege Schönlebe diese widerwärtige Verleumdung zurück und behauptete dann das weitere, daß arbeiterverräterische Treiben der „Verliner“ in der letzten Zeit, insbesondere die Jungertarife im Allensteiner und Gutshäufers Schneidmühlengewerbe, welche von diesen abgeschlossen worden sind. Und nun geschähe etwas, was man von einer angesehenen Zeitung, die der Wahrheit dienen will, nicht erwarten dürfte. Das „Allensteiner Volksblatt“ brachte ein erneutes Eingefandt von Kuczinski, in welchem das Gegenteil von dem behauptet wurde, was in demselben Blatte in Nr. 96 d. J. schwarz auf weiß gedruckt stand. Ebenso wurde in diesem Zusammenhang ein Eingefandt erneut die Behauptung aufgestellt, die Maurer in Allenstein hätten sich im Jahre 1900 nur darum den christlichen Gewerkschaften angeschlossen, um ihre Verbände ohne Kredit bei den Arbeitern zu können. Diese absurde Behauptung war schon einmal in demselben Blatte im vorigen Jahre geäußert worden, wurde aber von einem Herrn, welcher den

christlichen Gewerkschaften fernsteht, so treffend widerlegt, daß man hätte glauben sollen, mit diesen Verdächtigungen wäre man nicht wieder gekommen; aber bei den „Verlinern“ ist eben kein Ding unmöglich. Kollege Schönlebe schrieb nun ebenso nochmals ein kurzes Eingefandt, um die Schuldbelegen, denn etwas anderes waren sie nicht, kurz zu widerlegen. Aber jetzt war es Zeit der Redaktion des „Allensteiner Volksblattes“, den Fachabteilungen zu Hilfe zu kommen; sie lehnte die Aufnahme des Eingefandts ab mit dem Bemerkten, solche Polemiken müßten schließlich die Leser anwidern, sie gehörten in die Fachpresse usw. Aber geehrte Redaktion des „Allensteiner Volksblatt“, warum wurde dann die absichtlich unwahre Notiz des Herrn Kuczinski aufgenommen? Die Parteilichkeit der Redaktion des „Allensteiner Volksblatt“ gegenüber den „Verlinern“ ist hier offen bewiesen und unsere Mitglieder wissen sich in Zukunft danach zu richten. Ueber den diesjährigen Abschluß des Tarifvertrages im Allensteiner Schneidmühlengewerbe schrieb K. in seinem zweiten Eingefandt, daß eine Lohnerhöhung für die Wintermonate von 2-4 Pf. eingetreten sei. Da hier die Wahrheit direkt mit Fiktion getreten, und zum Beweis, daß K. absichtlich schwindelt, um seine Handlungsweise zu verbeden, diene folgendes. In Nr. 96 schilderte das „Volksblatt“ die Zustände auf den hiesigen Schneidmühlen folgendermaßen: „Der Lohn beträgt vom 1. April bis 1. Oktober 3 Mk für den Arbeitstag und vom 1. Oktober bis 1. April 20 Pf. für die Stunde, so daß es den Arbeitern beim besten Willen nicht möglich ist, mit dem bisherigen Lohn ihre Familien zu ernähren. Es ist beim besten Willen nicht möglich, auf friedlichem Wege eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen.“ (Die Arbeitszeit bei diesen horrenden Lohn betrug täglich 11 1/2 Stunden.) Die Fachabteilungen riefen nun das Gewerbeamt an und hier kam ein Tarifvertrag zustande, über den das „Volksblatt“ in seiner Nr. 105 folgendes schrieb: „Der Lohn beträgt (im neuen Tarif) vom 1. April bis 1. Oktober 3 Mk für den Tag und für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April 20 Pf. für die Stunde.“ Also nicht mehr verdienen jetzt die Arbeiter im Winter, sondern sogar noch 10 Pf. weniger pro Tag wie früher, durch die einhalbstündige Verkürzung der Arbeitszeit. Wo bleiben da die 2-4 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde, welche der Herr Fachabteilungsreferent in seinem Eingefandt im „Volksblatt“ der Deffenlichkeit vorschwindelt? Traurig muß es aussehen um eine Sache, wenn man mit solchen Unwahrheiten die Deffenlichkeit täuschen muß. Aber nur so weiter, und auch diejenige Arbeiterchaft, welche heute noch solchen Leuten nachläßt, wird gar bald erkennen, daß sie betrogen ist. Will die ermländische Arbeiterchaft sich freimachen aus dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis, will sie einen solchen Lohn verdienen, womit sie sich und ihre Familie anständig ernähren kann, so gibt es nur eine Lösung: Hinzu in die christlichen Gewerkschaften.

Bonn. (Verwaltungsstelle.) Die Verwaltungsstelle Bonn hielt am 15. August ihre vierteljährliche Ausschusssitzung ab. Sämtliche Zahlstellen, mit Ausnahme von Bergheim, waren zu derselben erschienen. Der Verwaltungsstellenkassierer, Kollege Bajer, erstattete zunächst den Kassierenbericht vom zweiten Quartal, welcher im allgemeinen, der Mitgliederzahl entsprechend, nicht als befriedigend anerkannt werden kann. Nach Erstattung des Kassierenberichtes berichtete Kollege Wilsch, Schulb über den Stand und die Lage unserer Organisation in hiesiger Verwaltungsstelle und zeigte den Delegierten in einem einstündigen Vortrage Mittel und Wege zur inneren und äußeren Stärkung unseres Verbandes. Aus der Diskussion war zu entnehmen, daß sämtliche Delegierten mehr wie bisher an der Stärkung unseres Verbandes mitarbeiten wollen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde die Erhöhung des Lokalaufschlages von 5 auf 10 Pf. in Anregung gebracht, dem sich die Kollegen nicht ablehnend gegenüber verhielten. Es wurde beschlossen, in den einzelnen Zahlstellen die Kollegen in den Versammlungen von deren Notwendigkeit zu überzeugen und evtl. auf der nächsten Ausschusssitzung zum Beschlusse zu erheben. Unsere Organisation liegt in Bonn und Umgegend noch sehr im argen. Eine Ursache der Organisationsproblematik liegt auch in dem Charakter der Stadt als Univeritätsstadt. Man hält die Entwicklung nach der industriellen Seite zurück und läßt im engeren Weichbilde der Stadt keine neue Anlagen entstehen. Fabriken werden auf das Land hinausgedrängt. Das führt denn auch dazu, daß sehr viele, ja die meisten Kollegen, draußen auf dem Lande oder in den ländlichen Vororten wohnen, was ein erschwerender Umstand für die günstige Entwicklung unserer Organisation ist. Die meisten Kollegen in den Vororten haben ein kleines Besitztum, Häuschen und etwas Ackerland, das sie selbst bearbeiten oder von ihren Angehörigen bearbeiten lassen, oder aber sie verrichten Nebenarbeiten als Kellner, Musiker, oder sie vermieten Wohnungen an Studenten usw. So helfen sich die Leute nicht als Arbeiter in dem Sinne, wie das die Arbeiter in anderen Gegenden tun. Die Gegenstände treten nicht so kraft hervor, und daher bringt man der Gewerkschaft nicht das nötige Interesse entgegen. Eine bessere Verbindung wäre aber noch zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und unserer Gewerkschaft zu schaffen. Die konfessionellen Arbeitervereine haben sich hier bis jetzt sehr wenig oder gar nicht um die christlichen Gewerkschaften gekümmert. In vielen dieser Vereine muß man die Auffassung gewinnen, daß sie nicht wüßten oder in Bonn überhaupt christliche Gewerkschaften beständen. Beide Vereinigungen sollten mehr als bisher aufeinander hinarbeiten und ihre Mitglieder zum Beitritt anhalten. Die Konjunktur ist hier äußerst schlecht zu nennen. In Anbetracht der schlechten Bauaktivität glauben dann die Bonner Bauarbeiter gegen den Lohn für unsere Kollegen um 5 Pf. pro Stunde fürzen zu können, was aber durch energisches Eingreifen unsereris verhindert wurde. Auch suchen in letzter Zeit einige Unternehmer das Statut der Ortskrankenkasse zu umgehen, indem sie ihre Leute in niedrigeren Klassen anmelden als sie laut ihrem Tagesverdienst müßten, um dadurch weniger Beiträge zahlen zu brauchen. Den Leuten entgeht dadurch im Falle der Krankheit ein Schaden von 50 Pf. pro Tag. Hat sich doch sogar ein Unternehmer die Dreifachigkeit erlaubt, seinen Arbeitern ein Schriftstück zur Unterschrift vorzulegen, laut dessen sie in der Krankenkasse eine Klasse herabgesetzt werden sollen. Leider haben es die Kollegen in der Unwissenheit unterzeichnet. Allerdings werden wir den Unternehmern diese Tat schon etwas verjagen. Möchten sich unsere Bonner Kollegen doch endlich einmal aufraffen und die uns noch Fernstehenden unter unserer Fahne sammeln helfen, dann werden auch die Unternehmer in Bonn künftig sich solches nicht mehr erlauben.

Essen (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, fand die Ausschusssitzung der Verwaltungsstelle für das zweite Quartal 1909 statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassierenbericht, 2. Kassierenbericht, 3. Neuwahl eines zweiten Kassierers, 4. Beratung der zur Generalversammlung gestellten Anträge, 5. Geschäftliche Mitteilungen. Anwesend waren Delegierte von den einzelnen Zahlstellen wie folgt: Essen (Maurer) vier, gefehlt drei; Essen (Bauhilfsarbeiter) gefehlt drei; Essen (Zimmerer) gefehlt einer; Essen (Dachdecker) gefehlt einer; Essen (Stuttartens) gefehlt zwei; Essen (Kasser) gefehlt einer; Essen (Bliesenleger) gefehlt einer; Essen (Krauppdecker) gefehlt zwei; Nordst. gefehlt zwei; Allenstein gefehlt zwei; Paternberg gefehlt einer; Pottshausen gefehlt einer; Steele gefehlt einer; Dellinghausen gefehlt einer; Süpferdich gefehlt einer; Werden gefehlt einer; Kettwig gefehlt einer; Bonn ge-

fehlt einer; Stoppenberg-Brillendorf gefehlt einer. Es waren somit gefehlt von 9 Zahlstellen 13 Delegierte, ein sehr beachtenswertes Zeugnis für die Betreffenden. Hossen wir, daß dieser Klugerzeit genügt, in Zukunft etwas anderes feststellen zu können. Der erste Punkt wurde angefaßt der zur Beratung stehende Anträge von der Tagesordnung abgesetzt. Zum zweiten Punkt nahm Kollege Schumacher das Wort und erläuterte die im Druck vorkommende Abrechnung. Die Einnahme und Ausgabe für die Zentralkasse betrug 15 616,40 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug einschließlich Kassenbestand vom letzten Quartal 21 388,97 Mk. die Ausgabe derselben 2 663,22 Mk. Somit beträgt das Gesamtvermögen der Verwaltungsstelle 18 825,75 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 2311. Im Bericht des Referenten, sowie auch in der Diskussion wurde das schlechte Mitarbeiten in einigen Zahlstellen gerügt und dieselben aufgefordert, das Verfallene nachzuholen. Nachdem sich dann die Revisoren zum Kassierenbericht geäußert und denselben für richtig erklärten, wurde auf Antrag derselben dem Kassierer Entlastung erteilt. Als zweiter Kassierer wurde Kollege Joseph Karl (Stuttartens) gewählt. Anträge zur Generalversammlung standen 19 zur Beratung. Die Anträge wurden teilweise angenommen und teilweise abgelehnt. Die angenommenen Anträge werden ja später in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht, so daß eine Wiedergabe hier im Bericht sich erübrigt. Nach Erledigung des sehr reichhaltigen geschäftlichen Teiles fand die Sitzung um 10 Uhr ihr Ende.

Wag. Daß den Arbeitgebern die Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge ist, kann man verstehen. Zu diesen zählt auch der Unternehmer Woge. Um seine Arbeiter vom Verband abzubringen, ist er an einzelne mit der Frage herantretend, ob sie noch organisiert seien. Auf die bejahende Antwort hat er mit „wohneinenden“ Ratsschlägen, doch aus dem dummen Verbanne anzutreten, es wäre doch schade ums Geld, es müßte ja doch nichts usw., nicht gepart. Der Herr möchte gar zu gerne die Organisation um die Gek bringen. Zuerst sind Kollegen entlassen worden, das müßte nichts, nun wird's auf andere Art versucht. Aber solche Methoden sind nur die beste Empfehlung für unseren Verband, denn wenn derselbe nicht die Interessen der Arbeiter eintreten würde, ließen sich die Unternehmer seine Bekämpfung nicht so angelegen sein. Möchten die Kollegen die richtige Erkenntnis daraus ziehen.

Deel. Am Sonntag, 29. August, fand hier selbst eine Versammlung zwecks Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes statt. Als Referent war Kollege Knappe aus Münster erschienen. H. Westelt, Maurer aus Schöppingen, eröffnete die Versammlung und erteilte dem Referenten das Wort zu seinem Vortrage. In recht verständlichen Worten führte er den Anwesenden den Zweck und Nutzen der Organisation vor Augen. Mit Begeisterung wurde der Vortrag von den Anwesenden entgegengenommen. Sämtliche anwesenden Bauhandwerker ließen sich sofort aufnehmen. Von einer Vorstandswahl wurde in dieser Versammlung Abstand genommen, weil einig Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter nicht erschienen waren. Es wurden zwei Kollegen als Vertrauenspersonen gewählt, welche bis zur nächsten Versammlung die Verbandsgeschäfte zu besorgen haben. Es sind dieses die Kollegen Heinrich Westelt aus Schöppingen und Heinrich Wiers in Deel. Kollegen von Heel, der Grundstein für die Zahlstelle ist gelegt worden; es liegt hier an euch weiterzubauen, bis der letzte Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zugeführt ist. Möge die Begeisterung, welche am Sonntag unter den Kollegen herrschte, nicht nachlassen; dann wird es ein leichtes sein, die Indifferenzen für den Verband zu gewinnen. Am 26. September, nachmittags 4 Uhr, findet im katholischen Arbeitervereinshaus die zweite Versammlung statt, in welcher die Vorstandswahl vorgenommen werden soll. Kollegen, sorgt dafür, daß zu dieser Versammlung sämtliche Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter von Heel zur Stelle sind. Daß der Anschluß an die Organisation für die Kollegen von Nienborg-Heel notwendig ist, beweist zur Genüge die Diskussion der Kollegen. Es wurde bekanntgegeben, daß vor 1 1/2 Jahren, als eine flotte Konjunktur war, den auswärtigen Arbeitern 17 Pf. die Stunde mehr gezahlt wurden als den Einheimischen; den Italienern wurde außerdem noch freies Nachtquartier gewährt. 33 Pf. pro Stunde werden den Kollegen von Heel heute gezahlt. Ausländer erhalten 50 Pf. pro Stunde und dabei noch freies Nachtquartier! Das ist eine Ausbeutung der Arbeiter, wie sie selten zu finden ist. Kollegen, bewahrt die Einigkeit in der Organisation, so wird dieser Mißstand für die Zukunft von der Organisationsleitung ganz energig entgegengesetzt und bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Herford i. W. Mehrere hiesige Zimmermeister zahlten den im Tarif festgelegten Stundenlohn von 45 Pf. nicht. Leider hatten die Kollegen dieses einig: Monate stillschweigend hingenommen. Nachdem die Konjunktur sich besserte, wurde man vorstellig, um den tariflichen Lohn durchzuführen, jedoch lehnten die Meister es noch ab. Am 18. August wurden die Bezirksleiter beider Verbände bei den Meistern vorstellig, und erklärten sich dann letztere auch bereit, den Lohn nach Tarif zu zahlen; wie es auch geschehen ist.

Herne i. W. Die Erziehungsmethode des sozialdemokratischen Maurerverbandes kommt in Herne am Postneubau so recht kräftig zum Ausdruck, wie folgender Vorfall beweist. In genanntem Neubau arbeiten fast nur sozialdemokratisch organisierte Maurer und Bauhilfsarbeiter. Wurde ein christlich organisierter eingestellt, so fielen die „Freiheitskämpfer“ über unseren Kollegen her, wie hungrende Wölfe. Wir haben hier keine Christlichen, so heute die ganze Gesellschaft. Als nun Freitag, den 20. August, unser Mitglied, der Maurer Brogott, dort eingestellt wurde, trat der Genosse Maurer Zimmermann in seiner Eigenschaft als Banodelegierter an unsern Kollegen B. heran, mit dem Ersuchen, in den sozialdemokratischen Verband überzutreten. Als Kollege B. dieses verweigerte, sagte Zimmermann, wir geben dir Bedenkzeit bis morgen früh. Am folgenden Tage in der Frühstückspause frag Zimmermann nun Brogott, willst du übertreten? Als B. dieses abermals verneinte, wurde Zimmermann ganz aufgeregert und fing zu schimpfen an; er feug dann seine Genossen, oder sie mit dem schwarzen Bruder arbeiten wollten. Die Horde rief einstimmig nein und forderte ihren Obergewissen T. auf, beim Polier die Entlassung des Brogotts zu fordern. Der Polier weigerte sich aber, B. zu entlassen, und wies die „Wolfsbegleiter“ auf die Bestimmungen des Vertrages hin. Als nun die Frühstückspause beendet, und der Polier ein Signal zum Beginn der Arbeit gab, blieben sämtliche Genossen in der Baubude sitzen und forderten abermals vom Polier die Entlassung des B. Der Polier lehnte dieses strikte ab mit dem Bemerkten, wer nicht arbeiten will, kann sein Geld und Papier sofort in Empfang nehmen. Nun gab es auf einmal lange Gesichter; wie begoffene Kubels, voran Obergewisse Zimmermann, gingen sie wieder an ihre Arbeit. Aber noch an demselben Tage wurden B. zwei Maurerkellen entwendet. Da man seinen Willen mit der Brotlosmachung nicht erreichen konnte, müßten nun die toten Gegenstände herhalten. Wähehch, eine niedere Kampfweise. Anstehend sind diese Nachgeschickten die Lehren, welche die Genossen aus ihren öffentlichen Versammlungen gezogen, durch die „bildenden“ Ausführungen Wendlers. Webrigens was sagt Herr Wendler zu den Leistungen seiner Genossen? Er spricht sonst so gern von anständig sein. Aber „anständig“ steht doch anders aus.

Herne. Am Sonntag, den 15. August, hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der etwa die Hälfte der Kollegen erschienen war. Kollege Hildebrand (Ber-

Am Samstag, den 28. August, fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung unserer Zählstelle statt. Herr Weis, Student der Medizin, referierte über das Thema: „Soziale Fragen und Arbeit unter studentischen Anschauungen“. In recht paderber, leicht verständlicher Weise legte der Herr Referent die Gründe dar, warum es lag, daß die deutsche Studentenschaft vor 30-50 Jahren die Fühlung mit dem Volksleben verloren hatte, wie aber auch andererseits die nach freizeithlichen Bestrebungen durstende Studentenschaft durch die bestehenden Gesetze und Gewalten zurückgehalten wurde, und wie mancher dieser freizeithlichen Kämpfer jahrzehntelang in der Verbannung fern von der Heimat zubringen mußte. Ein förmlicher Abschluß bestand zwischen den jungen Akademikern und der Außenwelt. Es ist deshalb erklärlich, daß diese Herren für soziale Bestrebungen wenig Verständnis zeigten, was sehr zu bedauern war, weil gerade diese Kreise dazu berufen sind, im öffentlichen Leben als Richter, Staats- und Kommunalbeamte zu wirken, wo soziales Verständnis für den vierten Stand mehr oder weniger vorhanden sein muß. Den größten Schaden hierbei hätten die Akademiker selbst, was man bei Gewerkschafts-, Krankentafelangelegenheiten und sonstigen Vorkommnissen schon oft wahrzunehmen Gelegenheit hatte. Wie sich durch die Überzeugung auf der anderen Seite die größten Schatzmacher herausbilden, bei denen die Menschenrechte in die Lumpkammer gehören. Mit Freude wurde begrüßt, als Herr Dr. Sonnenstein im Jahre 1905 versuchte, die ersten charitativen Studentenzirkel zu bilden; dieses Samenorn ist zu einem stattlichen Baume im Laufe der Jahre herangewachsen und hat schon gute Früchte gezeitigt. Aber nicht allein durch den Besuch von Vorlesungen und Anlagen, sowie sozialer Einrichtungen und Errichtung von Volkshochschulen, wie sie in einzelnen Städten bestehen, sei der Sache gedient. Einen weit größeren Vorteil bildet die Gemeinschaftsarbeit, wie sie z. B. im Eilner Gefellenhause betrieben wurde, wo die Studenten mit den Arbeitern zusammenwohnen, erst dadurch ist es möglich, sozial denken und fühlen zu lernen. Alle Anwesenden lauschten mit der größten Aufmerksamkeit den Worten des Referenten, und wurde ihm am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. In der darauf folgenden Diskussion wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, derartige Vorträge noch mehr zu hören, sowie die Errichtung eines Studentenzirkels für die Städte Mülheim, Duisburg angeregt, um so engere Fühlung gegenseitig zu halten, was zum Nutzen beider Teile sein würde.

Mülheim (Ruhr). Am Samstag, den 28. August, fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung unserer Zählstelle statt. Herr Weis, Student der Medizin, referierte über das Thema: „Soziale Fragen und Arbeit unter studentischen Anschauungen“. In recht paderber, leicht verständlicher Weise legte der Herr Referent die Gründe dar, warum es lag, daß die deutsche Studentenschaft vor 30-50 Jahren die Fühlung mit dem Volksleben verloren hatte, wie aber auch andererseits die nach freizeithlichen Bestrebungen durstende Studentenschaft durch die bestehenden Gesetze und Gewalten zurückgehalten wurde, und wie mancher dieser freizeithlichen Kämpfer jahrzehntelang in der Verbannung fern von der Heimat zubringen mußte. Ein förmlicher Abschluß bestand zwischen den jungen Akademikern und der Außenwelt. Es ist deshalb erklärlich, daß diese Herren für soziale Bestrebungen wenig Verständnis zeigten, was sehr zu bedauern war, weil gerade diese Kreise dazu berufen sind, im öffentlichen Leben als Richter, Staats- und Kommunalbeamte zu wirken, wo soziales Verständnis für den vierten Stand mehr oder weniger vorhanden sein muß. Den größten Schaden hierbei hätten die Akademiker selbst, was man bei Gewerkschafts-, Krankentafelangelegenheiten und sonstigen Vorkommnissen schon oft wahrzunehmen Gelegenheit hatte. Wie sich durch die Überzeugung auf der anderen Seite die größten Schatzmacher herausbilden, bei denen die Menschenrechte in die Lumpkammer gehören. Mit Freude wurde begrüßt, als Herr Dr. Sonnenstein im Jahre 1905 versuchte, die ersten charitativen Studentenzirkel zu bilden; dieses Samenorn ist zu einem stattlichen Baume im Laufe der Jahre herangewachsen und hat schon gute Früchte gezeitigt. Aber nicht allein durch den Besuch von Vorlesungen und Anlagen, sowie sozialer Einrichtungen und Errichtung von Volkshochschulen, wie sie in einzelnen Städten bestehen, sei der Sache gedient. Einen weit größeren Vorteil bildet die Gemeinschaftsarbeit, wie sie z. B. im Eilner Gefellenhause betrieben wurde, wo die Studenten mit den Arbeitern zusammenwohnen, erst dadurch ist es möglich, sozial denken und fühlen zu lernen. Alle Anwesenden lauschten mit der größten Aufmerksamkeit den Worten des Referenten, und wurde ihm am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. In der darauf folgenden Diskussion wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, derartige Vorträge noch mehr zu hören, sowie die Errichtung eines Studentenzirkels für die Städte Mülheim, Duisburg angeregt, um so engere Fühlung gegenseitig zu halten, was zum Nutzen beider Teile sein würde.

A. Für die Zentrale:

Einnahmen:	
45 Eintrittsmarken	22,50
30 Beitragsmarken	13,50
806	403,-
25	13,75
2336	1401,60
225 Arbeitslohnmarken	56,25
25 Extramarken	12,50
4	1,60
10 Futterale	1,50
2 Ertragsbücher	0,30
Summa 1926,50	
Ausgaben:	
Krankentafelbeitrag	130,-
Sitzbankunterhaltung	138,-
Anteil der Verwaltungsstelle an Eintrittsgeldern und Beiträgen	534,-
Zum IV. Quartal 08 zuviel an die Zentrale gesandt	57,80
Zum Laufe der Berichtszeit an die Zentrale gesandt	1044,01
Besondere Ausgaben für die Zentrale	22,69
Summa 1926,50	

B. Für die Lokalkasse:

Einnahmen:	
Kassendefizit vom IV. Quartal 08	516,46
2486 Zuschlagsbeiträge à 0,10	248,60
676	33,80
15 % der Beiträge und Eintrittsmarken	254,40
1126 Lokalfondsbeiträge à 0,20	225,20
213	21,30
8 Lantje à 0,05	0,40
Summa 1298,16	
Ausgaben:	
Für Hauskassierung	142,11
Donaufgaben	31,60
Konto und Schreibmaterial	62,82
Bücher zur Bibliothek	4,62
Unterstützung der Mitglieder in Notfällen	8,40
Kartellbeiträge	26,-
Kassamiete	27,-
Agitation	44,60
sonstige Ausgaben	36,25
Unterhaltung des Kassaführers	414,95
Summa 799,06	

Kassenabsluß der Lokalkasse:

Einnahmen:	
1298,16	
Ausgaben:	
798,06	
Defizit für III. Quartal	
499,10	
Summa 1298,16	

Die Gesamteinnahmen sowie die Mitgliederzahl von 313 zeigen den Mitgliedern nun deutlich, wie die Höhe und Verknüpfung der Steuern gegen uns zu bewerten ist. Leider war es nicht möglich, die rückständigen Beiträge bis zum Quartalsabsluß einzuziehen. Dieser Umstand ist vor allem der Arbeitslosigkeit der einzelnen Kollegen, die verursacht wird durch die unzureichende Sozialversicherung, zuzuschreiben. Auch hatten wir in der Berichtszeit 7 bis 8 krank Kollegen. Beim dritten Bank-Delegiertenwahl zum Verbandstag wurde Kollege Heinrich ein-geführt gewählt. Im Bank-Delegiertenwahl entzogen sich eine lebhaft Diskussion, die von dem einseitigen Scheitern getragen war. Die Kollegen sind unter dem schwierigen Verhältnissen in Mülheim und Umgebung unsere Organisation vorwärts zu bringen. Der Vorstand hat Kollege Heinrich zum Kassaführer ernannt, der die Kassenführung der Lokalkasse übernimmt.

auf, in Zukunft für bessere Besammlungsbesuch Sorge zu tragen, gab auch seinem Neubauer Ausdruck, daß von der Zahlstelle der Gipfel bloß einige Kollegen in der Besammlung erschienen seien. Eine solche Laune und Pflichtvergessenheit sei entschuldigt zu verurteilen. Auch führte er Beschwerde, daß die vom Kartell einberufenen Besammlungen von den Bauhandwerkern sämtlicher Berufe schlecht besucht seien. Mit der ersten Mahnung, diese Aufforderung zu beherzigen und in Zukunft danach zu handeln, schloß der zweite Vorsitzende, Kollege Müller, die interessant verlaufene Besammlung.

Poggenmühl. (Kruppsche Wollfabrik.) Schon seit längerer Zeit kann man die Wahrnehmung machen, daß die Behandlung der Maurer und Hilfsarbeiter auf dem Kruppischen Werke eine ganz miserable ist, ebenso nimmt die Schikanierung der Arbeiter von Tag zu Tag zu. Der Herr Direktor in Mülheim scheint ein zweiter Saababischer Wille werden zu wollen. Nicht allein die Arbeiter scheint er höchst unliebend zu behandeln, in letzter Zeit müssen auch die Meister, Betriebsleiter, Ingenieure und dgl. herhalten. Ersteren schadet es wohl nichts, denn mancher hat sich schon schon als „Herkules“ ausgebildet. Diese Herren Meister dürfen schon zum Teil nicht mehr des Mittags nach ihrer nahegelegenen Wohnung gehen, um ihr Mittagsbrot einzuholen, sondern müssen auf Befehl ihr Essen in der Fabrik verzehren. Von den auf dem Werke beschäftigten 100 bis 120 Maurern hatte sich in diesem Frühjahr, nachdem ein Lohnabzug vorausgegangen war, ein großer Teil in den Verbänden aufnehmen lassen, wohl in der Hoffnung, mit einer Eingabe an die Direktion würde man den Verlust an Lohn rasch wieder gewinnen. Unter den heutigen Verhältnissen war dies aber nicht möglich, erst nachdem man sich an die Generaldirektion in Essen wandte, wurde im Juli ganzen acht Mann zwei Pfennig Stundenlohn zugebilligt. Natürlich sind es meistens „liebe Leute“, während die übrige Masse sich mit Löhnen von 46-48 Pf. pro Stunde begnügen muß. An dem darauf folgenden Sonntag haben dann noch einzelne die Lohnherabsetzung erhalten. Die meisten der neu aufgenommenen Kollegen hat denn auch gar bald der Haß gepackt. Dem größten Teil der Kruppischen Maurer fehlt der feste Wille, sich einer starken Organisation anzuschließen. Es gibt dort Maurer, die sich bei einem Stundenlohn von 40 Pf. auch noch nicht regen würden, so stumpfsinnig ist ein Teil im Laufe von 5-7 Jahren geworden. Auch kennt die Firma ihre Objekte ganz gut, sie weiß, daß es nur sehr wenige sind, welche sich mühen. Uns kann es wohl recht sein, aber hoffen wollen wir doch, daß die Kruppischen Maurer endlich mal aus ihrem Stumpfsinn erwachen und für ihre Rechte kämpfen lernen mögen. Das Strafsystem, welches einige Zeit ruhte, steht wieder in voller Blüte. Auch hat die Firma neue Baubuden anlegen lassen, die selben werden aber geschlossen gehalten, auf die Minute der Pausen werden sie geöffnet und ebenso rasch wieder abgeschlossen bei Schluß der Pausen. Ist ein Arbeiter beim Anfangssignal nicht auf seiner Arbeitsstelle, sofort gibt es Strafe. Zu bedauern ist wohl, daß ein Teil gut organisierter Kollegen unter den mülheimischen Verhältnissen aushalten muß, soll nicht alles verloren gehen. Immer wieder muß von seiten der Kollegen auf die indifferenten Kollegen eingewirkt werden, Aufklärung geschaffen werden, nur durch unsere Ausdauer wird es möglich sein die fernstehenden Kollegen wieder für die Organisation zu gewinnen, sowie die verlorene Position wieder zu erobern.

Mülheim (Ruhr). Am Samstag, den 28. August, fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung unserer Zählstelle statt. Herr Weis, Student der Medizin, referierte über das Thema: „Soziale Fragen und Arbeit unter studentischen Anschauungen“. In recht paderber, leicht verständlicher Weise legte der Herr Referent die Gründe dar, warum es lag, daß die deutsche Studentenschaft vor 30-50 Jahren die Fühlung mit dem Volksleben verloren hatte, wie aber auch andererseits die nach freizeithlichen Bestrebungen durstende Studentenschaft durch die bestehenden Gesetze und Gewalten zurückgehalten wurde, und wie mancher dieser freizeithlichen Kämpfer jahrzehntelang in der Verbannung fern von der Heimat zubringen mußte. Ein förmlicher Abschluß bestand zwischen den jungen Akademikern und der Außenwelt. Es ist deshalb erklärlich, daß diese Herren für soziale Bestrebungen wenig Verständnis zeigten, was sehr zu bedauern war, weil gerade diese Kreise dazu berufen sind, im öffentlichen Leben als Richter, Staats- und Kommunalbeamte zu wirken, wo soziales Verständnis für den vierten Stand mehr oder weniger vorhanden sein muß. Den größten Schaden hierbei hätten die Akademiker selbst, was man bei Gewerkschafts-, Krankentafelangelegenheiten und sonstigen Vorkommnissen schon oft wahrzunehmen Gelegenheit hatte. Wie sich durch die Überzeugung auf der anderen Seite die größten Schatzmacher herausbilden, bei denen die Menschenrechte in die Lumpkammer gehören. Mit Freude wurde begrüßt, als Herr Dr. Sonnenstein im Jahre 1905 versuchte, die ersten charitativen Studentenzirkel zu bilden; dieses Samenorn ist zu einem stattlichen Baume im Laufe der Jahre herangewachsen und hat schon gute Früchte gezeitigt. Aber nicht allein durch den Besuch von Vorlesungen und Anlagen, sowie sozialer Einrichtungen und Errichtung von Volkshochschulen, wie sie in einzelnen Städten bestehen, sei der Sache gedient. Einen weit größeren Vorteil bildet die Gemeinschaftsarbeit, wie sie z. B. im Eilner Gefellenhause betrieben wurde, wo die Studenten mit den Arbeitern zusammenwohnen, erst dadurch ist es möglich, sozial denken und fühlen zu lernen. Alle Anwesenden lauschten mit der größten Aufmerksamkeit den Worten des Referenten, und wurde ihm am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. In der darauf folgenden Diskussion wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, derartige Vorträge noch mehr zu hören, sowie die Errichtung eines Studentenzirkels für die Städte Mülheim, Duisburg angeregt, um so engere Fühlung gegenseitig zu halten, was zum Nutzen beider Teile sein würde.

Kottensburg. Unsere am 7. August stattgefundene Mitgliederversammlung hatte eine Ertragswahl für den seitherigen Kassierer, Kollegen Gumpfinger, vorzunehmen. Gewählt wurde der leitherige Revisor Jakob Buchhauer, an dessen Stelle Joseph Sackenhauer trat. Mögen nun die Kollegen allerseits ihre Schuldigkeit tun, damit unser Verband immer mehr erflorte.

Eschweiler. Am 22. August fand auf Anregung des Bezirksleiters Kraus im Jägerhof nachmittags 2 Uhr eine außerordentliche Besammlung statt. Zu derselben war ein Referent aus Pölsen erschienen. Trotz guter vorheriger Einladung schien es, als ob es die Schrimmer Kollegen nicht mehr nötig hätten, in einer so wichtigen Besammlung zu erscheinen. In Anwesenheit von 20 Mitgliedern eröffnete der Vorsitzende nach 2 Uhr die Besammlung und erteilte dem Referenten das Wort. Redner hielt nun einen guten und ausführlichen Vortrag über die Absicht des Arbeitgeberbundes für das Jahr 1910 und wie schäbig wir uns vor derselben. An der Hand von Beispielen führte Redner den Kollegen vor Augen, daß es nun endlich mal Zeit wäre, daß den Schrimmer Kollegen die Schlafmütze abgenommen wird. Daß auch sie nicht auf Kosten gebettet sind, ist bekannt, und hätten sie deshalb alle Ursache, auf dem Posten zu sein und mehr für die Aufklärung und den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Damit nicht das hier durch die Organisation Erreichte wieder verfliehet wird. Nur durch Einigkeit in der Organisation und Werbung für dieselbe können wir unser gesetztes Ziel erreichen. Kollegen von Eschweiler und Umgebung, die noch der allgemeinen Bauart nicht betroffen sind, an ihr noch liegt es, mehr wie bisher für unsere gute Sache zu tun. Vor allem bedarf die Besammlung besser. Und mit der Agitation sieht es auch nicht so glänzend aus; waren doch bei dem ersten Tarifabsluß alle in Eschweiler arbeitenden Kollegen im Verbande. Nachdem wir jetzt einen Tarif haben, ist es nicht mehr möglich, mehr zu haben, im Ver-

bande zu sein, und sich obendrein noch der Lebensart zu bedienen, wenn es andere bekommen, so bekomme ich es auch. Kollegen, nicht mehr lange, noch ein paar gute Wochen, und auch in Schrimm läuft der Tarif bis 31. März 1910 ab, da wäre es Pflicht eines jeden, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Bauhandwerker von Schrimm und Umgegend sich in unseren Reihen befindet, damit auch wir für das Jahr 1910 gerüstet dastehen. Beherzigt den letzten Artikel der „Baugewerkschaft“ und betreibt die Herbstagitation, nur dann können wir der Zukunft froh entgegengehen.

Eschweiler. Nach mehrmaligen Verhandlungen erklärte sich die hiesigen Bauunternehmer bereit, eine Lohnherabsetzung von 2 Pf. zu bewilligen. Obgleich unsere Wünsche weitergingen, nahmen wir obiges an, da die Konjunktur, sowie auch die unorganisierten die Situation für einen Kampf beeinträchtigen. Mögen alle Kollegen daran arbeiten, daß die Unorganisierten uns bald zugeführt werden.

Eschweiler. Das Organ des katholischen Arbeitervereins (Sitz Berlin) ist bekanntlich eine von jenen Zeitungen, welche im Interesse der Arbeiterschaft (???) die Streiks bis in den Abgrund verurteilen und sich am meisten freuen, wenn irgendeine Lohnbewegung zugunsten der Arbeiter ausgefallen ist. In der Nr. 36 bringt nun diese angebildete „Arbeiter“-Zeitung eine Notiz, wonach der Streik der christlich organisierten Maurer in Tappan zugunsten der Arbeiter beendet sei. Ob dem „Arbeiter“ diese erlogene Notiz irgend jemand mitgeteilt hat, oder ob er seine Weisheit aus einer ostpreussischen bürgerlichen Zeitung entnommen hat, das bleibt sich gleich. Aber eine Arbeiterzeitung sollte, wenn sie Anspruch erhebt, als solche angesehen zu werden, sich besser über den Ausgang eines Streiks orientieren. Der Ausgang des Streiks bedeutet für die Tappaner Maurer einen vollen Erfolg. Zunächst wurde nicht nur bei der Landespflegeanstalt, sondern auch bei den Unternehmern Fügigkeit und Klein geübt. Bei den letzteren wurden sämtliche Forderungen glatt bewilligt, so daß für dieses Jahr bis 31. März 1910 der Stundenlohn um 3-5 Pf. steigt, ebenso von da ab bis zum 31. März 1911 um weitere 3 Pf. Diese Verbesserungen wurden schriftlich niedergelegt. Auf der Landespflegeanstalt wurde ebenso für dieses Jahr der Stundenlohn von 41 auf 44 Pf. erhöht, und soll in den Monaten Februar und März n. J. über die anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt werden. Gleichzeitig ist aber auch die Bewilligung der nächstjährigen Forderung in sichere Aussicht gestellt. Da der betreffende Bau der Anstalt, an welchem gestreikt wurde, dem Maurermeister Neumann aus Wehlau übertragen wurde, so ist mit diesem ebenfalls eine Vereinbarung getroffen, wonach der Lohnsatz pro Stunde sogar um 4 Pf. erhöht wurde. Vielleicht nimmt der „Arbeiter“ von diesem Bericht Notiz und gibt der Wahrheit die Ehre. Aber in Ostpreußen kommt es diesen Leuten darauf an, die christlichen Gewerkschaften schlimmer zu bekämpfen wie die sozialdemokratischen. Vielleicht aber kommt der „Herr Arbeitersekretär Kuczinski“ nach Tappan und organisiert die evangelischen Maurer in der „Berliner“-

Eschweiler.

Verchiedener Umstände halber ist es uns erst heute möglich, auf das Verhalten des „freien“ Maurerverbandes unter Führung seines Beamten Kessel bei dem Streik in Eschweiler zurückzukommen. Bekanntlich wurden die von uns mitgeteilten Tatsachen sowohl in „Grundstein“ wie in der sozialdemokratischen Presse teils überhaupt abgestritten oder in beschönigter Form dargestellt. Wir schrieben in Nr. 26 der „Baugewerkschaft“:

„Streikbruch des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Eschweiler. In Eschweiler sind die im Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands organisierten Maurer und Hilfsarbeiter am 5. Juni in den Streik getreten. Die Arbeitseinstellung erfolgte ziemlich einheitlich. Eine Firma Hennig & Gastner aus Stolberg führt ebenfalls auf Eschweiler Gebiete Arbeiten aus. Diese Firma zahlte einigen Leuten der in Eschweiler geforderten Lohn, jedoch nicht allen. Um nun allen diesen Lohn zu sichern und sich vor Abzug im Herbst zu schützen, verlangten die Leute, daß die Firma den Tarif unterschreibe. Die Firma weigerte sich. In einer Baubesprechung beschloffen die Leute einstimmig, die Arbeit einzustellen. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß von den 25 dort beschäftigten Leuten auch zwei „frei“ organisierte Maurer waren. Deseben sprachen sich ebenfalls für die Sperre aus. Die Arbeit wurde einmütig niedergelegt. Am andern Tage meldeten sich die beiden „freiorganisierten“ im Streiklokale des christlichen Verbandes in Eschweiler und erklärten, daß ihr Verbandsbeamter Kessel aus Wachen ihnen Vorhaltungen gemacht habe, weil sie sich mit den Christlichen solidarisch erklärt hätten. Kessel habe sie aufgeföhrt, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Die Christlichen hätten ihn über die Arbeitseinstellung erst fragen müssen. Als sie dem Kessel angebeut hätten, sie wollten doch nicht als Streikbrecher den Streikenden in den Rücken fallen, da habe Kessel erwidert: „Unterstützung gibt es nicht“. Die Zeitung des christlichen Verbandes war bereit, den „freiorganisierten“ das Kesselschreiben nach auswärts zu zahlen, doch erklärten dieselben, sie wollten nochmals mit ihrer Zeitung Rücksprache nehmen. Kessel hat dann so auf die Leute eingewirkt, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen. Damit noch nicht genug; noch mehrere „freiorganisierte“ haben jetzt die Stellen der Streikenden besetzt, die christlich organisiert sind. Man denke sich: der sozialdemokratische Maurerverband hat in Eschweiler keine Zahlstelle und kein Mitglied, das bei einem Tarifabsluß den Tarif unterschreiben könnte. Zufällig arbeiteten an einer Baustelle zwei „freiorganisierte“ aus Stolberg, und da organisiert die Verbandsleitung des sozialdemokratischen Maurerverbandes aus Wachen den Streikbruch mit der Motivierung, man hat uns nicht gefragt. Man sieht denn auch das böse Gewissen, daher baut man in der „Rheinischen Zeitung“ dem Arbeitervertrag durch einen unwahren, die Tatsachen entstellenden Artikel über „Christliche Taktik“ in Eschweiler vor. In Eschweiler hat der sozialdemokratische Maurerverband organisierten Streikbruch verübt. Ein Kleinwächter durch Entstellen der Tatsachen gibt es in diesem Falle nicht.“

Demgegenüber schrieb die sozialdemokratische Presse und speziell der „Grundstein“ in Nr. 27 vom 3. Juli d. J.:

„Nach unserer Erkundigung verhält sich die Sache (in Eschweiler) so: Die Bewegung der Christlichen in Eschweiler war auf die Erringung eines Lohnes von 60 Pf. gerichtet. Nachdem der Streik über die Sperren einige Wochen gedauert hatten, fanden sich jedoch so viel Streikbrecher, daß die Bewegung verloren oder doch so gut wie verloren war. Nun warf die christliche Zeitung ihr Auge auf einen Bau, der von einer Stolberger Baufirma auf Eschweiler Gebiet aufgeführt wurde. Diese Firma zahlte nicht nur die geforderten 60 Pf., sondern teilweise noch bis zu 5 Pf. pro Stunde mehr. Der sollte gesperrt werden, oder die Firma sollte den Eschweiler Tarif (den es noch gar nicht gab) unterschreiben. Das wollte die Firma nicht, und man sollte die Arbeit niederlegen werden. So war es der Wille der christlichen Zeitung, die aber nichts tat, um sich mit unserer Zeitung (der des Zweigvereins Wachen) zu verständigen. Unse dort beschäftigten Kollegen lehnten die Arbeitsniederlegung ab.“

In einem von der Verwaltung des „freien“ Maurerverbandes in Eschweiler herausgegebenen Flugblatt, das aber wohlweislich in Eschweiler selbst nicht verbreitet wurde, steht es so:

Am 3. Juni traten die Christlichen bei den Schweizer Unternehmern in Streik. Es blieben in den ersten Tagen so viele Arbeitswillige (auch christlich organisierte) stehen (Was keineswegs zutrifft, D. N.), daß der Streik als verloren betrachtet werden konnte. In ihrer Not schauten sich die Herren nach einer Ablenkung um und glaubten diese auch gefunden zu haben, indem sie der auf Schweizer Gebiet einen Fabrikneubau ausführenden Firma Kasten & Henning ihre Forderung unterbreiteten. Sie kalkulierten so: Kasten & Henning zahlt bereits den geforderten Lohn, ja noch mehr, also wird die Anerkennung unserer Forderung keine Schwierigkeiten machen. Hat diese Firma unsere Forderung anerkannt, dann haben wir ein Agitationsmittel gegen die Schweizer Unternehmer. Nun lehnte aber diese Firma den christlichen Vertrag (so nannte sich die Forderung) ab. Diese Firma, aus Leipzig dorthin gekommen, beschäftigt von Anfang an fast nur Mitglieder unseres Verbandes.

Der Polter an dem in Frage kommenden Fabrikneubau sowie vier Maurer sind ebenfalls Mitglieder bei uns. Der Polter, ein langjähriges gutes Mitglied von uns, machte die beiden christlichen Führer Katz und Kademacher auf diese Tatsache aufmerksam und verlangte die Hinzuziehung unserer Verbandsleitung. (Was diese unter allen Umständen befreiten. D. N.)

Dies lehnten die beiden Herren ab, kommandierten aber nichtsdestoweniger ihre Mitglieder, von denen die meisten erst die letzten drei Tage Mitglied geworden waren, in den Streik und schrien nun über Streikbruch, weil unsere Kollegen sich von ihnen nicht ohne weiteres kommandieren ließen. (Siehe Nr. 5. D. N.)

Nun die weitere Entwicklung.

Am Montag, den 7. Juni, legten die christlich organisierten die Arbeit nieder, am Dienstagmittag meldeten sich die ersten wieder zur Arbeit und in wenigen Tagen war die Baustelle wieder von den streikenden Christlichen besetzt.

Dadurch, daß unsere Kollegen ablehnten, soll die Sperre wirkungslos geworden sein. Dabei schrieb die christliche Leitung in der „Baugewerkschaft“ und den bürgerlichen Blättern, die Sozialdemokraten hätten von den 25 Arbeitern nur zwei Mitglieder gehabt, um das Unberechtigte unserer Forderung, mitzumischen bei dem Vorgehen, um so krasser erscheinen zu lassen.

Jeder wird begreifen, daß zwei Mann keine Sperre wirkungslos machen können.

Es ist ebende Äußerung, wenn berattigt behauptet wird. Wir stellen fest, daß auf dem Fabrikneubau, den die Christlichen gesperrt hatten, bis heute noch nicht ein einziger streikorganisierter Maurer eingestellt ist.

Die Firma Kasten & Henning hat einen anderen großen Bau (ebenfalls in Schweiler, der noch im Fundament lag. D. N.), und zwar ein Bureaugebäude für ein anderes großes Schweiler Werk, den sie bereits im Frühjahr übernommen, in Angriff genommen. Dieser Bau wird durch ein Mitglied unseres Verbandes, der dort Polter ist (Leipziger Kollege), ausgeführt, und dieser Kollege hat sich die Wiesbadener Maurer kommen lassen, weil er die komplizierte Arbeit mit den einheimischen Maurern nicht fertigzustellen glaubt. (Fundamentmauern als komplizierte Arbeit, das hört sich gut an. D. N.)

Also eine ganz andere Baustelle ist es, wo die Wiesbadener Kollegen arbeiten.

Man will aber verhindern, daß freiorganisierte Maurer dort eingestellt werden, deshalb sucht man den Anwurf, als vermittelten wir auch dorthin Streikbrecher.

Die persönlichen Beschimpfungen gegen unsere Kollegen Kessel gleichen an uns ab. Eine drastischere Gesellschaft, wie die Schwarzen, gibt es auf dem ganzen Erdenrund nicht, und daß sie den Kollegen Kessel persönlich angreifen, ist uns nur ein Beweis, daß derselbe seine Pflicht tut.

So viel Worte, so viel Lügen, könnte man hier fast sagen. Um nun den Sachverhalt festzustellen, fand am 15. Juli d. J. in Schweiler eine von beiden Seiten vereinbarte Sitzung statt. Wir lassen darüber zunächst die Nr. 32 des „Grundstein“ vom 7. August unter „Schweiler“ berichten. Da heißt es:

„Am 15. Juli fand in Schweiler eine Sitzung statt, um die Vorwürfe, die uns seitens des christlichen Verbandes gemacht wurden, auf ihre Richtigkeit zu untersuchen. An der Sitzung nahmen teil: a) vom Verband der Christlichen als Vertreter des Zentralvorstandes Becker, der Gauvorsitzende Lange, Mitglieder des Zweigvereinsvorstandes und Mitglieder, die am Bau der Firma Kasten & Henning beschäftigt waren; b) von unserm Verband Bömelburg, Muth, Kreibohm, Kessel und drei Mitglieder, die bei Kasten & Henning in Arbeit standen und noch stehen.“

In dieser Zusammenkunft wurde folgendes festgestellt: 1. Schweiler gehört für beide Verbände zum Zweigverein Machen. Der christliche Verband hat in Schweiler eine Zahlstelle; von unserm Verband waren in Schweiler bei Beginn der Bewegung bei einem Unternehmer drei Mitglieder beschäftigt, weitere Mitglieder hatten wir dort nicht.

2. Schweiler bildet ein besonderes Lohngebiet, in dem der christliche Verband mit dem Unternehmerbund im vorigen Jahre in einem Vertragsverhältnis stand. Der Ablauf des Vertrages gab den Anlaß zur augenblicklichen Lohnbewegung. Die Lohnforderung beträgt 50 Pf., bisher betrug der Lohn 47 Pf. Die Unternehmer lehnten jede Erhöhung des Lohnes ab, deshalb kam es zum Streik. Der Streik begann am 3. Juni und erstreckte sich auf alle Unternehmer, mit Ausnahme von Kasten & Henning.

3. Bei der Firma Kasten & Henning waren bei Beginn des Streiks innerhalb des Lohngebietes Schweiler außer einem Polter 22 Gesellen beschäftigt. Von den Gesellen teils Mitglieder des christlichen Verbandes. Der Polter war ebenfalls Mitglied unsres Verbandes. Von den Gesellen erhielten an Lohn: fünf 55 Pf., zwölf 50, drei 47, einer 45 und einer 40 Pf.

4. Die Firma Kasten & Henning hat man deshalb nicht gleich mit in den Streik einbezogen, weil der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen den geforderten Lohn bereits erhielt. Dazu kam die Erwägung, daß nach Erledigung der eingeleiteten Bewegung auch mit dieser Firma leicht eine Einigung zu erzielen sein würde. Als sich dann aber herausstellte, daß die Unternehmer nicht so leicht nachgeben würden, schätzte die Streikleitung den Plan, die Bewegung dadurch günstig zu beeinflussen, daß man mit einer Firma aufwarten konnte, die die Forderung bewilligt hatte. Das waren die Erwägungen, die auch zu einer Lohnbewegung bei Kasten & Henning führten.

5. Die Bewegung bei K. & H. wurde in der Weise eingeleitet, daß man mit den bei der Firma beschäftigten Kollegen, soweit sie für die Bewegung in Frage kamen, eine Versammlung abhielt. In der Versammlung wurde beschlossen, der Firma die Forderungen anzustellen und auch mit ihr zu unterhandeln. Das ist geschehen. Die Firma lehnte die Forderungen ab. Es hat dann eine weitere Versammlung derselben Personenzirkles stattgefunden, und in dieser Versammlung wurde beschlossen, auch bei K. & H. die Arbeit einzustellen. An den Versammlungen haben auch die zwei Mitglieder unsres Verbandes teilgenommen und die Erhebung der Forderung wie auch die Arbeitseinstellung mit befürwortet und beschlossen. Der Polter nahm an der Versammlung nicht teil. Die Arbeitseinstellung erfolgte am 8. Juni. An der Arbeitseinstellung beteiligte sich ein Mitglied unsres Verbandes, der Polter und ein weiteres

Mitglied blieben bei der Arbeit. Alle andern am Bau beschäftigten Kollegen stellten ebenfalls die Arbeit ein.

6. Unserm Machener Zweigverein ist von der Lohnbewegung in Schweiler seitens der Leitung des christlichen Verbandes keinerlei Mitteilung gemacht worden. Von der Arbeitseinstellung bei Kasten & Henning hat der Vorsitzende unsres Zweigvereins, Kollege Kessel, erst erfahren, nachdem sie erfolgt war.

7. Am 9. Juni war Kessel in Schweiler auf dem Streikbureau des christlichen Verbandes, um über die Arbeitseinstellung bei K. & H. Informationen einzuziehen. Er will eine befriedigende Auskunft nicht erhalten haben. Nachdem sich Kessel dann mit den beiden bei der Arbeit gebliebenen Mitgliedern in Verbindung gesetzt hatte, hat er am Abend desselben Tages mit den bei der Firma K. & H. im Zweigvereinsgebiet beschäftigten Mitgliedern eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung fand in Stolberg bei Machen statt; beschlossen wurde, die Sperre nicht anzuerkennen und damit den gesperrten Bau für die Verbandsmitglieder freizugeben. Zu dem Beschlusse will man gekommen sein, weil man unsre Verbandsleitung nicht gefragt hat und weil die meisten bei K. & H. beschäftigten Kollegen den geforderten Lohn erhielten, und schließlich, weil man befürchtete, daß eine ungünstig ausgehende Bewegung ohne Reduzierung des Lohnes bringen könne. Auf Grund des Beschlusses hat am folgenden Tage das eine Mitglied, das an der Arbeitseinstellung beteiligt war, die Arbeit wieder aufgenommen. Damit waren alle drei Mitglieder wieder in Arbeit.

8. Die Sperre ist am 15. Juni von dem christlichen Verband aufgehoben worden. Bis dahin waren beschäftigt die drei Mitglieder unsres Verbandes und ein Richterorganistierter. Die Aufhebung der Sperre ist nicht erfolgt, weil die vier Maurer beschäftigt waren, sondern weil verlautete, daß mit Hilfe unsres Verbandes Maurer herangeholt werden sollten. Man wollte durch die Aufhebung der Sperre den ansässigen Kollegen die Arbeitsstellen sichern.

9. Die Untersuchung hat ergeben, daß weder auf Kosten noch auf Veranlassung unsres Verbandes Maurer von außerhalb herangeholt wurden. Kollege Schwedt, Mitglied unsres Verbandes, hat sich aber in dieser Hinsicht betätigt, und zwar auf Kosten der Firma, die an Schwedt neben dem Arbeitslohn auch Speise und die Auslagen an Fahrgehalt zahlte. Der Vorsitzende unsres Machener Zweigvereins, Kollege Kessel, hat von dem Auftrag des Kollegen Schwedt Kenntnis gehabt, er hat aber, wie er selbst angab, die Abreise nicht verhindert, weil er die Heranziehung auswärtiger Kollegen für richtig hielt. Schwedt ist am 15. Juni abgereist und am 21. Juni zurückgekehrt. Acht Maurer sind auf seine Veranlassung nach Schweiler gereist, davon sind sechs Mitglieder unsres Verbandes.

Wir veröffentlichen dies Ergebnis der Untersuchung und bemerken dazu, daß wir auch danach die Haltung unsrer an den Vorkommnissen beteiligten Kollegen nicht billigen.“

Zu diesen Feststellungen bemerken wir, daß sie nicht auf gegenseitiger Vereinbarung beruhen, sondern einseitige Auffassung des Kollegen Bömelburg sind. Im allgemeinen aber sind sie richtig, sie bedürfen nur einer Ergänzung, um ein vollständig klares Bild zu schaffen. Wir haben folgendes hinzuzufügen:

Zu 1. Daß Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer in Schweiler beschäftigt waren, war nicht bekannt. Erst in der Versammlung, wo die Sperre über K. & H. beschlossen wurde, stellte sich das heraus.

Zu 2. Der christliche Verband stand seit 1906 mit den Unternehmern von Schweiler in einem Tarifvertragsverhältnis.

Zu 3. Nicht deshalb allein, um eine Firma zu haben, die bewilligt hätte, um so die Bewegung günstig zu beeinflussen, als lediglich aus tatsächlichen Gesichtspunkten, wurde die Sperre über K. & H. verhängt, sondern um denjenigen, die den geforderten Lohn nicht hatten, diesen zu verschaffen. Vor allem aber um die Lohnsätze vertraglich festzulegen, damit die Firma, wenn sie weniger im Druck sei, oder im Herbst und Winter keine Reduzierungen vornehmen könne.

Zu 4. Die Sperre wurde einstimmig beschlossen; eine zweite Versammlung fand nicht statt.

Zu 5. Als Gründe für die Nichtmitteilung des Instreikretens an die Machener Zweigvereinsleitung des „freien“ Maurerverbandes wurde das Fehlen einer Zahlstelle in dem selbständigen Lohngebiet Schweiler angegeben. Daß man überhaupt nicht wußte, ob Mitglieder dieses Verbandes am Orte beschäftigt waren, haben wir oben erwähnt. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die beidenseitigen Zentralvorstände möchten sich darüber verständigen, wie in dergleichen Fällen gehandelt werden solle. Hervorgehoben wurde, daß der gehässige und unparthaische Kampf des Beamten Kessel gegen den christlichen Verband überhaupt jede gemeinschaftliche Arbeit in Frage stelle.

Zu 6. Die Streikleitung des christlichen Verbandes bestreitet, daß Kessel auf dem Streikbureau gewesen sei, um sich über die Sperre bei K. & H. zu informieren. Hier steht Aussage gegen Aussage.

Zu 7. Die Aufhebung der Sperre ist erfolgt, weil die vier Maurer beschäftigt waren, und weil verlautete, daß mit Hilfe des „freien“ Maurerverbandes Maurer herangeholt werden sollten.

Zu 8. Ebe Schwedt (aus Friedrich a. Rh.) zur Anwerbung auswärtiger Maurer (ebenfalls von Friedrich) abreiste, hat er Kessel telephonisch sein Vorhaben mitgeteilt, mit der Frage, ob er das tun dürfe. Kessel hat ihm erklärt, es stünde dem nichts im Wege. Der Firma gegenüber hatte Schwedt sich schon vor Aufhebung der Sperre bereit erklärt, Maurer heranzuholen.

Neu hinzugefügt werden muß noch die Feststellung, daß der freie Maurerverband vor dem Streik 3 Mitglieder in Schweiler, w ä h r e n d des Streiks aber 15—17 hatte. So weit unsre Feststellungen bzw. Ergänzungen.

Das ist das Resultat der gemeinschaftlichen Untersuchung. Unsere Angaben sind damit im wesentlichen bestätigt. Hervorheben wollen wir, daß die Hauptperson, der Maurer Specht, zu dem Kessel die Neuzerungen wie „Unterstützung gib's nicht“ usw. getan haben sollte, was dieser unsrer Streikleitung selbst mitteilte, vom „freien“ Maurerverband nicht zur Sitzung zugezogen worden war. Die Gründe dafür können von uns nicht als stichhaltig anerkannt werden. Anders gravierende Material ist hinzugekommen, wie die Heranziehung der Maurer aus Friedrich mit Wissen des Beamten Kessel, und ohne daß er etwas dagegen tat. Das schlägt allen gewerkschaftlichen Grundgesetzen ins Gesicht. Mit diesen Feststellungen hätten wir die Sache bewenden lassen können. Nun aber kommt der „Grundstein“ in seiner Nr. 34 vom 21. August d. J. her und schreibt auf unsre Mitteilung von der ergebnislosen Aufhebung des Streiks, wogu auch das unsolidarische Verhalten des „freien“ Maurerverbandes beigetragen habe, folgendes:

„Die „Baugewerkschaft“ berichtet, daß der Streik in Schweiler wegen der vielen Streikbrecher aufgehoben worden sei. Man verjagt die Schuld unsern Kollegen in die Schuhe zu schieben. Daß ihre eignen Führer durch ihre „schlaue“ Taktik den Streikfall verschuldet haben, verschämt man hübsch. Wir haben in unsrer ersten Notiz gleich mitgeteilt, daß schon in den ersten Tagen die Bauten von Streikbrechern besetzt waren. Wie sagten das ferner, daß man den

Bau von Kasten & Henning sperren, um unsre Kollegen hinauszu treiben. Man hatte nicht die Absicht, die Sperre durchzuführen, und war sich von vornherein über den unglücklichen Verlauf des Kampfes klar; denn als der Leitung der Christen bekannt wurde, daß unsere Kollegen es abgelehnt hätten, sich an der Sperre zu beteiligen, hielt sie es nicht der Mühe wert, irgendwelche Schritte zu tun, um auch unsre Kollegen eines Bessern zu belehren. Dies wurde in der gemeinschaftlichen Sitzung vom Kollegen Bömelburg ausdrücklich festgestellt. Weder die beiden Beamten der Christlichen in Machen, noch der Bezirksleiter Lange in Köln hielten es für nötig, zu versuchen, ob nicht unsere Kollegen trotzdem für die Sperre zu gewinnen seien. Also die Schuld, daß der Streik verloren gegangen ist, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß er ohne genügende Vorbereitung in Szene gesetzt worden ist. Und hinzu kommt noch die weitgehende Rücksicht auf die Unternehmer schon bei der Aufstellung der Forderungen. Glaubt man etwa, daß die Arbeiter Lust zum Kampfe haben, wenn dessen Objekt ganze 2 Pf. sein sollen? Der Streik ist verloren. Die christlichen Unternehmer werden sich über die Niederlage der christlichen Arbeiter freuen; diese mögen sich hierfür bei ihren Führern bedanken, denen ihr persönliches Empfinden über das Interesse der Gesamtcollegenchaft geht.“

Soll man mit solchen journalistischen Strauchrittern überhaupt noch diskutieren? Es wird einem wirklich schwer, und nur um ein Lügengewebe zu zerreißen, tun wir es. Weiz der „Grundstein“ vom 21. August nicht mehr, was der „Grundstein“ vom 7. August geschrieben hat? Wir konstatieren daher noch einmal:

1. Der „freie“ Maurerverband hatte in Schweiler keine Zahlstelle; daß zufällig drei Mitglieder dort arbeiteten, war uns nicht bekannt.
2. Die Sperre wurde verhängt, um denjenigen, die den geforderten Lohn nicht hatten, diesen zu verschaffen. Besonders Gewicht wurde auf die vertragliche Festlegung gelegt, um so die Kollegen vor Reduzierungen zu schützen. Erst in letzter Linie kam der Gesichtspunkt in Betracht, wenn die Firma bewilligte, damit ein PreSSIONSMITTEL auf die übrig. unternehmer zu gewinnen.
3. Die Sperre wurde einstimmig beschlossen und ebenso einmütig die Arbeit niedergelegt.
4. Nachdem Kessel von der Sperre erfuhr, berief er eine Versammlung ein, in der beschlossen wurde, diese nicht anzuerkennen.
5. Hatte ein „frei“organisierter Maurer bereits die Arbeit wieder aufgenommen, so nahm nach diesem Beschluß sie auch der zweite (Specht) auf. (Mit dem Polter also drei Mitglieder.) Ein vierter Unorganisierter folgte. Da tauchte das Gerücht auf, der „freie“ Maurerverband wolle Leute von auswärts heranziehen. Daraufhin hoben unsere Mitglieder die Sperre auf, um sich nicht hinausdrücken zu lassen. Wie recht sie hatten, geht aus dem weiteren Verlauf hervor. Schwedt hätte Leute geholt, auch wenn nicht die Sperre aufgehoben worden wäre. Damit hätten sie draußen gelegen.
6. Kessel wußte, daß Schwedt Leute anwerben würde. Er tat nichts dagegen, vielmehr begünstigte er das noch durch sein Verhalten.
7. Die Mitgliederzahl des freien Maurerverbandes vermehrte sich während des Streiks von 3 auf 15—17.
8. Es ist eine faulstidige Lüge, daß die „frei“organisierten Maurer hinausgestreift werden sollten. Von deren Existenz war ja nichts bekannt.

Auf die anderen Nichtnutzigkeiten des „Grundstein“ gehen wir nicht ein. Die richten sich von selbst. Unsere Schweiler Kollegen aber wissen, was sie Kessel und seinen Anhängern zu „verbanden“ haben. Möge der „Grundstein“ dies auch unter seine Rubrik „Gemeinsame Arbeit“ stellen.

Von den Arbeitsstellen.

Bocholt. Am Freitag, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, stürzte unser Kollege Bernhard Wijn so unglücklich vom Dache der Marijeschen Färberei, daß er tot vom Platze getragen werden mußte. Soweit festgestellt werden konnte, ist das Unglück dadurch passiert, daß sich der Kollege an einer Rolle Dachpappe gestoßen hat, hierdurch das Lebergewicht bekommen hat und so durch eine Lufe des Daches gestürzt ist. Der Kollege ist 43 Jahre alt, Witwer und hinterläßt fünf unverheiratete Kinder.

Katowik. Am Mittwoch, den 25. August, berunglückte am Neubau in der Gustav-Freitag-Straße der Kollege Robert Plagel aus Rosnograd, indem er von der dritten Etage in einen Lichtschacht hinunterstürzte. Das Unglück passierte dadurch, daß der Kollege das Mauerwerk, das sie zwischen den Balken ausführten, zu weit nach vorne betrat; hierbei gab die Steine nach, und weil jede Abdeckung fehlte, stürzte er in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er ins Elisabethhospital gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Briefkasten.

Nach Ronsdorf. Wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossene Mitglieder werden nicht veröffentlicht. Gruß.
Linden, Gies und Schmitt. Von Linden sind keine Anträge eingegangen. Herzlichen Gruß.

Literarisches.

Der Arbeiterklub in der schweren Industrie hat verschiedentlich die Dringlichkeit beschäftigt. Von Seiten des christlichen Metallarbeiterverbandes wurden Eingaben an den Reichstag gemacht. Die Bemühungen verdichteten sich allmählich und der Bundesrat erließ eine Verordnung, wonach seit dem 1. April die Bauern und das Ueberfliegenwesen in Hütten- und Walzwerksbetrieben gesetzlich geregelt sein soll. Dem christlichen Metallarbeiterverband gebührt das Verdienst, die Frage des Hüttenarbeiterklubs ins Rollen gebracht zu haben. Der Vorsitzende dieses Klubs, Kollege Franz Wieber, hat in einem jetzt erschienenen Buche den Werdegang des Hüttenarbeiterklubs niedergelegt. Abhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen geben ein anschauliches Bild der Mißstände dieser Arbeiterkategorie. Ein Beitrag des Herrn Regierungs- und Gewerberatens W. Oppermann, Arnberg, bringt Vorschläge zur Abschaffung der 24stündigen Sonntagsarbeit in den Hüttenbetrieben. Die statistischen Erhebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes über die Arbeitsverhältnisse in den Hütten- und Walzwerksbetrieben sind auf Seite 90 bis 241 geordnet dargestellt. Kollege Wieber hat es verstanden, in fleißiger Arbeit ein Werkchen zu schaffen, das auf 248 Seiten eine geordnete Darstellung der Notwendigkeit und des Fortschritts des Hüttenarbeiterklubs bietet. Eine Zusammenstellung der Arbeitsbedingungen der großen Hüttenwerke bringt wertvolles Material allen, die sich für die Hütten- und Walzwerksarbeiter interessieren. Das Buch ist erschienen im Verlage des christlichen Metallarbeiterverbandes, 248 Seiten, zum Ladenpreise von 2,50 M unter dem Titel: Der Hüttenarbeiterklub in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie. Kommissionsverlag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Köln, Palmstr. 14.

Delegierten-Liste.

Als Delegierte zur Generalversammlung sind nachfolgende Kollegen gewählt worden:

Wahlbezirk	Namen	Wohnort
1.	Oskar Balmar	Königsberg
2.	Joh. Marschall	Allenstein
3.	Otto Lieb	Königsberg
4.	Franz Schimanski	Neustadt (Westpr.)
5.	Helm. Müller	Danzig
6.	Emil Neuster	Danzig
7.	Joh. Ringelt	Posen
8.	Joh. Marinkowski	Posen
9.	Aug. Schah	Posen
10.	Ferd. David	Breslau
11.	Ignaz Knopiers	Doppel
12.	Joh. Golla	Kattowitz
13.	Anton Röder	Fulda
14.	Damian Schleicher	Frankfurt a. M.
15.	Karl Hillenbrand	Stegen
16.	Peter Stahl	Fulda
17.	Joh. Gnan	Nürnberg
18.	Joh. Eger	Nürnberg
19.	Georg Wehringer	Würzburg
20.	Jos. Augustin	Ingolstadt
21.	Peter Jakob	Augsburg
22.	Georg Rad	Weidelberg
23.	Fr. Heinrich	Mühlhausen (Elf.)
24.	Louis Baque	Saarbrücken
25.	Peter Klaffen	Erier
26.	Jacob Serwe	Saarbrücken
27.	Jacob Wig	Aachen
28.	Peter Kreuzberg	Essen
29.	Aug. Rohde	Hannover
30.	Bernard Breuer	Aachen
31.	Georg Schmitt	Düsseldorf
32.	Karl Siebering	Essen
33.	August Nolte	Dortmund
34.	Matthias Guming	Dsnabrück
35.	Jacob Bode	Hannover
36.	Berner Müller	Essen
37.	Otto Schäler	Bochum
38.	Karl Hilbrand	Hannover
39.	Johann Mitten	Essen
40.	Joh. Blicher	Aachen
41.	Jos. Becker	Edin
42.	Anton Klippel	Harmen
43.	Franz Witted	Düsseldorf
44.	Willy. Schulz	Bonn
45.	Herm. Schwarz	Krefeld
46.	Anton Meise	Bochum
47.	Karl Klaus	Herne
48.	Heinrich Petri	Dortmund
49.	Josif Wegener	Dortmund
50.	Jos. Bach	Essen
51.	Wilhelm Müller	Horbed
52.	Josif Müller	Mülheim (Ruhr)
53.	Jacob Hill	Gelsenkirchen
54.	Aug. Krefz	Gladbeck
55.	August Big	Nierlohn
56.	(Verwaltungsstelle Oberhausen)	fehlt noch.)
57.	Ferd. Weinholz	Needinghausen
58.	Joh. Müller	Emmerich
59.	Franz Kleeholte	Lippstadt
60.	Wilhelm Giebrock	Paderborn
61.	Casp. Röhr	Beckum
62.	Heinrich Paul	Minden
63.	Heinrich Niehmann	Sendenhorst
64.	Karl Knope	Münster
65.	Bernh. Willmann	Dsnabrück
66.	Bernh. Artmann	Münster
67.	Aug. Werfin	Wilhelmsshaven
68.	Richard Schneider	Hannover
69.	Lorenz Blant	Braunschweig
70.	Hein. Gohmann	Duderstadt
71.	Karl Schwedhelm	Berlin
72.	Hob. Garfch	Berlin

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Allenstein.

Einnahmen:		M	S
Aus der Zentralkasse		300	—
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		480	—
Summa		304	80
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		275	10
Für Fernhaltung des Zuguges		2	—
Flugblätter und Annoncen		16	20
Porto und Schreibmaterial		8	50
Saalmiere		8	—
Summa		304	80

Die Richtigkeit beglaubigen: Jos. Marichall, Jos. Preuß.

Abrechnung vom Streik in Gr. Apenburg.

Einnahmen:		M	S
Aus der Zentralkasse		55	30
Summa		55	30
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		55	30
Summa		55	30

Die Richtigkeit beglaubigen: Der Revisor: E. Hilbrand. Die Streikleitung: Hermann Warkei.

Abrechnung vom Streik der Bauarbeiter in Villerbed.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		94	85
Summa		94	85
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		81	15
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		1	20
Für Fortschaffung Zugereister		4	—
Fernhaltung des Zuguges		5	80
Porto und Schreibmaterial		2	70
Summa		94	85

Die Richtigkeit beglaubigt: Heinrich Arning. Der Revisor: Fr. Karpfers.

Abrechnung von der Baupolizei Smolin in Sichenan bei Kattowitz.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		139	30
Summa		139	30
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		133	80
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		3	65
Für Porto und Schreibmaterial		1	85
Summa		139	30

Die Richtigkeit beglaubigt: Der Revisor: Fr. Karpfers.

Abrechnung von der Baupolizei Eisenwerk Haspe Westf.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		226	60
Summa		226	60
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		206	95
Für Fortschaffung Zugereister		6	50
Flugblätter und Annoncen		9	—
Porto und Schreibmaterial		4	15
Summa		226	60

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: S. Rudolf, A. Heller. Die Streikleitung: Karl Jang, Heinrich Riese.

Abrechnung vom Streik der Zimmerer in Ludwigshafen a. Rh.

Einnahmen:		M	S
Aus der Zentralkasse		144	80
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		44	40
Summa		189	20
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		189	20
Summa		189	20

Die Richtigkeit beglaubigt: Der Revisor: Fr. Roth. Die Streikleitung: Jakob Wilhelm.

Abrechnung vom Streik der Maurer in Wiedenbrück.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		44	05
Summa		44	05
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		23	20
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		15	60
Für Flugblätter und Annoncen		5	25
Summa		44	05

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: Wilh. Pagenkemper, Fr. Werner. Die Streikleitung: Bernh. Güls.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Sankt.

Einnahmen:		M	S
Aus der Zentralkasse		950	—
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		216	45
Summa		1166	45
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		1126	70
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		34	—
Für Porto und Schreibmaterial		5	75
Summa		1166	45

Die Richtigkeit beglaubigen: A. Rehr, S. Heilmüller.

Abrechnung von der Baupolizei Reichholz in Düsseldorf-Verresheim.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		246	76
Summa		246	76
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		1126	70
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		34	—
Für Porto und Schreibmaterial		5	75
Summa		1166	45

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: Jos. Ruff, Jos. Weidenhuf. Die Streikleitung: Jos. Lang.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Selm.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		443	89
Summa		443	89
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		339	14
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende		17	95
Für Fortschaffung Zugereister		72	20
Fernhaltung des Zuguges		1	70
Rechtschutz und Unterstützung Inhaftierter		3	—
Flugblätter und Annoncen		3	50
Porto und Schreibmaterial		6	40
Summa		443	89

Die Richtigkeit beglaubigen: Heinrich Petri, S. Weisenhagen.

Abrechnung von der Baupolizei Graf in Lechhausen-Magoburg.

Einnahmen:		M	S
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		34	20
Summa		34	20
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		33	90
Für Porto und Schreibmaterial		—	30
Summa		34	20

Die Richtigkeit beglaubigt: Der Revisor: Paul Buchner. Die Streikleitung: Peter Jakob.

Bekanntmachungen.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Müdersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 16. August bis 4. September sind folgende Beträge eingegangen:

Für Beiträge und Eintrittsgelder: Berlin 300 M, Gelsenkirchen 400 M, Hannover 600 M, Königsberg (M.) 500 M, Remmelshof 2,58 M, Allenstein (M.) 600 M, Rastenburg 18,80 M, Celle 100 M, Göttingen 100 M, Jarman 100 M, Nimbrecht 22,70 M, Bremen 200 M, Dsnabrück 350 M, Edin (Range) 113,40 M, Siegen 127,80 M, Münster (M. u. R.) 400 M, Hannover 400 M, Sensburg 6,70 M, Marienwerder 18,85 M, Marienwerder (Schl.) 50 M, Rheine 200 M, Stahl 47,18 M, Freiburg 100 M, Emmerich 400 M, Jllsenbed 83,98 M, Guttstadt 9,90 M, Hannover 400 M, Gladbeck-Dortrop 440 M, Fulda 48,50 M, Essen 2600 M, Berlin 200 M, Allenstein (S.) 200 M, Königsberg (M.) 500 M, Gelsenkirchen 600 M, Bremen 100 M, Coesfeld 150 M, Allenstein (M.) 112,20 M, Göttingen 34,80 M, Mühlhausen Elf. 400 M, Dbergluggau 240 M, Hannover 400 M, Kaufbeuren 44,98 M, Neuentirchen 11,90 M, Bochum 800 M.

Für Stempel: Beuthen 4,90 M, Allenstein 1,90 M, Rheine 1,10 M, Benschau 0,90 M.

Für Plakate und Karten: Mühlstein 3,15 M, Brest-lau 2,15 M, Erkenschwieb 8,65 M, Essen 4 M, Dornberg 1,75 M, Bütgendortmund 4,75 M, Kreuzwitz 3,90 M.

Für Versicherungsbeträge: Hannover 30 M, Oberfeld 55 M.

Der Hauptvorstand: J. A.: Fr. Jacobi.

Als verloren gemeldet wird die Buch-Nr. 127 979, lautend auf Johann Driehsen (Maurer) von der Zahlstelle Gelsen; die Buch-Nr. 81 480, lautend auf Friedrich Kramp von der Verwaltungsstelle Danzig.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied Wilhelm Jung, geboren 7. Dezember 1879 zu Sed, Kreis Westerbau (Buch-Nr. 166 924), laut § 15a von der Verwaltungsstelle Edin.

Der Kollege Jakob Baron (Buch-Nr. 155 211) wurde auf Grund der §§ 15a und 15b ausgeschlossen.

Verwaltungsstelle Augsburg. Stahl. Ausgeschlossen wegen Streikbruchs wurde der Kollege Ferdinand Specht (Buch-Nr. 28 451).

Aufforderung. Wer den Aufenthalt des Maurers Josef Geh, geboren zu Elhoff, Wohnort der Familie zu Wabernbach, kennt, wird gebeten, dieses dem Kollegen Karl Hillenbrand, Siegen, Pfarrstraße 3, mitzuteilen.

Wer den Aufenthalt der Maurer Adolf Saul aus Winkensriede und Willy Wolters aus Linden bei Hannover kennt, wird gebeten, deren genaue Adressen an Interzeimeten gelangen zu lassen. Die Genannten sind von Wittingen bezogen, ohne ihr Kostgeld zu bezahlen.

Rich. Schneider, Hannover, Kanonenwall 16.

Achtung! Essen. Diejenigen Zahlstellen und Sektionen, welche die Formulare für die Inventaraufnahme noch nicht eingesandt haben, werden ersucht, dieses sofort zu besorgen.

J. A.: Schumacher.

Achtung! Ronshorf. Zugereiste Kollegen wollen sich im Verbandslokal bei Herrn Otto Jert, Wirtschaft zur Alten Post, am Markt, anmelden und ihre Namen in die ausgelegte Liste eintragen, um Unregelmäßigkeiten zu verhüten.

Der Vorstand.

Achtung! Freiburg i. B. Der Kassierer der Zahlstelle Freiburg, Kollege Muri, wohnt jetzt Freiburg, Haslach, Gulleustraße 27.

Achtung! Saarbrücken. Das Bezirksbureau und Bureau der Verwaltungsstelle befindet sich von jetzt ab in Saarbrücken 1, Marktplatz 20, II. Etage, Telefon-Nr. 1530. Sämtliche Briefe und sonstige Zusendungen sind nur an diese Adresse zu richten.

Strebtafel.

Am 20. August starb unser treuer Kollege Adam Schmidt an Herzkrankheit im Alter von 35 Jahren. Verwaltungsstelle Dornbach.

Am 27. August starb unser treuer Kollege Bernhard Riss im Alter von 43 Jahren infolge eines Sturzes vom Dach. Zahlstelle Wocholt (Dachbeder).

Am 30. August starb unser treues Mitglied, der Maurer Bernhard Fischer, Aßen, an Lungenschwindsucht im Alter von 19 Jahren. Verwaltungsstelle Paderborn.

Ehre ihrem Andenken!

Streikabrechnungen.

Abrechnung von der Baupolizei Beck & Pfeifer in Allenstein.

Einnahmen:		M	S
Aus der Zentralkasse		200	—
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet		569	05
Summa		769	05
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		530	98
Für Fortschaffung Zugereister		54	—
Fernhaltung des Zuguges		131	64
Flugblätter und Annoncen		44	45
Porto und Schreibmaterial		8	—
Summa		769	05

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: Aug. Schönekas, A. Krutowski, A. Karloński. Die Streikleitung: Joh. Marschall, Jos. Preuß.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Zimmerer in Landek (Schlesien).

Einnahmen:		M	S
Aus der Zentralkasse		831	40
Summa		831	40
Ausgaben:		M	S
An Streikunterstützungen		644	55
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		83	—
Für Fortschaffung Zugereister		7	30
Fernhaltung des Zuguges		47	—
Flugblätter und Annoncen		42	—
Porto und Schreibmaterial		7	55
Summa		831	40

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: Herm. Steiner, Franz Reiser, Wilh. Zanger. Die Streikleitung: Alb. Hoppe, Rob. Jähle, Ernst Pradel.